

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 3,60 M. Im voraus zahlbar, Vierteljahr 4,32 M. ein halbjährlich 6,00 M. Vierteljahr 7,20 M. Postbelegabehören, Zustandsgebühren 6.— M. pro Monat; für Läden mit ermäßigtem Drucksatz 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ Illustrierte Beilage „Volk und Welt“ „Kamer „Frauenstimme“, „Technik“, „Blitz in die Führerwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblätter“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Freitag  
6. Februar 1931  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konparenzliste des „Vorwärts“ vom 2. Februar 1931, die die „Kleinanzeigen“ des „Vorwärts“ vom 25. Februar 1931 (gültig am 1. März 1931) enthält, ist in der Ausgabe vom 2. Februar 1931, Seite 10, veröffentlicht. Die „Kleinanzeigen“ des „Vorwärts“ vom 25. Februar 1931, die die „Kleinanzeigen“ des „Vorwärts“ vom 2. Februar 1931, Seite 10, enthält, ist in der Ausgabe vom 2. Februar 1931, Seite 10, veröffentlicht.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Tel. D. u. Ditz.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

# Brüning vor dem Reichstag.

## Eine ergänzungsbedürftige Rede. — Gollmann gegen die Nationalsozialisten. Der Kanzler rechnet mit nationalistischen Demagogen ab.

Die Rede des Reichskanzlers Brüning, mit der am Donnerstag die politische Aussprache eröffnet worden ist, hat zwar keine Ueberraschungen gebracht, aber doch wesentlich zur politischen Klarheit beigetragen. An die Spitze seiner Ausführungen stellte der Reichskanzler die Notwendigkeit, den Etat parlamentarisch zu erledigen. In diesem Zusammenhang erklärte der Reichskanzler ferner, daß die Reichsregierung aus ähnlichen Erwägungen möglichst wenig vom Artikel 48 Gebrauch machen wolle, und daß sie den Plänen auf Errichtung einer Diktatur, von denen in den letzten Tagen mehrfach gesprochen worden sei, restlos ablehnend gegenüberstehe. Durch die weitere Erklärung, die Reichsregierung werde sich Tempo und Zeitpunkt für die Revision der Reparationsverpflichtungen Deutschlands nicht diktieren lassen, sondern von sachlichen Voraussetzungen abhängig machen, rundete der Reichskanzler das Gesamtbild der allgemeinen politischen Absichten der Reichsregierung ab.

Soweit Bernunft die Haltung des Volkes bestimmt, wird man diesen Teil der Rede des Reichskanzlers durchaus billigen. Er ist die Konsequenz aus dem Wahlergebnis vom 14. September. Das Wahlergebnis hat Deutschland nicht genutzt, wie die nationalsozialistische Opposition behauptet, sondern ungeheuer geschadet. Die zwei Milliarden Mark, die Deutschland seit dieser Zeit an Krediten eingebüßt hat, hat nicht nur eine weitere halbe Million Menschen arbeitslos gemacht, sondern auch zahlreiche selbständige Existenzen weiter geschwächt. Weit notwendiger als vorher ist deshalb jetzt eine Politik, die das Vertrauen zu Deutschland wieder stärkt, die dem In- und Auslande zeigt, daß das deutsche Volk noch genügend vernünftige Kräfte besitzt, um der nationalsozialistischen Verleumdungslust, die im Chaos ihren Sieg zu erringen hofft, Einhalt zu gebieten.

Allerdings werden über die Methoden zur Ueberwindung der jetzigen Vertrauenskrise Meinungsverschiedenheiten bestehen und nicht immer leicht zu überwinden sein. Es erscheint uns als ein sehr beachtliches Zeichen, daß die Absichten auf Aenderung der Geschäftsordnung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Reichstages anscheinend von einer großen Mehrheit beschlossen werden. Ob das aber bei den wirtschaftlichen Maßnahmen in gleicher Weise der Fall sein wird, muß einstweilen dahingestellt bleiben. Der Reichskanzler hat Vorlagen der Regierung zur Hilfe für die Landwirtschaft angekündigt. Welche Maßnahmen die Regierung vorschlagen wird, hat er allerdings nicht gesagt. Daß gesetzgeberische Maßnahmen allein nicht ausreichen, und daß die Selbsthilfe der Landwirtschaft in erster Linie erforderlich ist, hat der Reichskanzler anerkannt. Man wird aber einen Schritt weitergehen und darauf hinweisen müssen, daß gesetzgeberische Eingriffe zugunsten der Landwirtschaft auch unendlichen Schaden hervorrufen können, wenn durch sie die handelspolitischen Beziehungen zu anderen Ländern gestört und das Heer der Arbeitslosen auf diese Weise vergrößert wird.

Ueberhaupt ist der Teil der Rede des Reichskanzlers der schwächste gewesen, auf den die großen Massen des Volkes gewartet haben. Wird er das Versäumnis in einer zweiten Rede durch Ergänzung seiner Erklärungen vom Donnerstag nachholen? Nichts hat der Reichskanzler gesagt über das Mißlingen der Absichten, Preise und Löhne in Uebereinstimmung zu bringen. Die Löhne sind mit Hilfe der Regierung gesenkt worden, die Preise aber folgen nicht, weil sich die Monopole und Kartelle der Industrie stärker erwiesen haben, als Macht und Wille der Reichsregierung. Kein Wort ist gefallen gegen die Anschläge auf das Schlichtungswesen und die Lohnentwicklung, obwohl gerade in der letzten Zeit die Schwerindustrie ihre neuen Absichten unverhüllt verkündet hat.

Dagegen hat der Reichskanzler ausdrücklich betont, daß die Regierung wegen der Verabschiedung des Etats mit der Deutschen Volkspartei zu einer Meinungsvereinbarung gekommen wäre, und daß sie den Reichstag um eine Ermächtigung bitten werde, im Laufe des Etatsjahres

Der Reichstag beginnt am Donnerstag um 15 Uhr mit der zweiten Beratung des Reichshaushalts. Das Haus ist voll besetzt, die Tribünen sind überfüllt, die Reichsregierung ist vollständig anwesend.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt, mit der Tagesordnung die Beratung einer Interpellation zu verbinden, die Auskunft verlangt über angebliche Staatsstreikpläne der Deutschen Volkspartei und anderer Regierungsparteien (Auflösung des Reichstags mit Artikel 48, Verschlechterung des Wahlrechts, Einberufung einer neuen Nationalversammlung zur Schaffung einer neuen Verfassung mit stärkeren Rechten des Reichspräsidenten und einem Zweikammersystem). — (Heiterkeit in der Mitte und links.)

Präsident Loh: Eine Verbindung der Interpellation mit der Tagesordnung ist nur möglich bei einstimmigem Verlangen des Reichstags. Da die Einstimmigkeit nicht zustande kommt, hat die Reichsregierung zwei Wochen Frist zur Erklärung über die Interpellation.

Abg. Stöcker (Komm.): Die Interpellation kann mitberaten werden, wenn sich der Reichskanzler zur Beantwortung bereit erklärt. Reichskanzler Brüning erklärt seine Bereitwilligkeit zur Beantwortung. (Allgemeine Heiterkeit. — Lärm der Kommunisten.)

Die Beratung beginnt mit dem Etat des Reichsministeriums und der Reichskanzlei.

### Reichskanzler Dr. Brüning:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weniger als je hat in diesem Jahre die Beratung der zweiten Lesung des Haushaltsplanes die Bedeutung einer Beratung über technische Fragen, sondern über politische Fragen. In dem Stadium einer politischen und wirtschaftlichen Krise, in der sich Deutschland befindet, ist die parlamentarische Erledigung des Etats eine Frage ersten Ranges.

Die Beratung des Haushalts fällt in eine Zeit schwerster Krise. Ueber die Gründe dieser Krise ist wiederholt von der Reichsregierung gesprochen, sind Ausführungen gemacht worden. Sicherlich ist diese Krise zu einem großen Teile bedingt durch weltwirtschaftliche Wirkungen, aber sie ist auch eine Krise des Vertrauens in die Stabilität der deutschen Politik und der deutschen Wirtschaft.

Aus diesem Grunde hält es die Reichsregierung für außerordentlich wichtig, für die weitere finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung, daß der Etat auf dem normalen parlamentarischen Wege verabschiedet wird.

(Auf bei den Kommunisten: Was für ein Etat?) Der vorliegende. (Heiterkeit.)

weitere Ersparnisse vorzunehmen, damit der Etat ausgeglichen sei und Steuererhöhungen oder Schuldenermehrung nicht erforderlich sind. Diese Ermächtigung wird man der Regierung aber nur geben können, wenn einwandfreie Garantien vorhanden sind, daß die Ausgabenbeschränkungen nicht zu einer weiteren Verschärfung der Not der Massen führen!

Hätte Adolf Hitler der gestrigen Debatte beigewohnt, die sich an die Ausführungen des Reichskanzlers angeschlossen, dann hätte die Rede des jungen Dr. Goebbels vermutlich bei ihm sehr gemischte Gefühle ausgelöst. Bei den Nazis kommt es bekanntlich nicht darauf an, was man redet, sondern wie man redet. Deshalb galt Hitler bisher in seiner Partei unumstritten als der Führer, an dessen Worten sich die Massen berufen, obwohl ihr geistig-politischer Inhalt 0,0 ist. Mit seinem gestrigen Auftreten hat Goebbels seine Kandidatur für die Führerstellung angemeldet, die bisher Hitler für sich allein beansprucht hatte. Auch der kritischste Zuhörer wird feststellen müssen, daß Goebbels durch seine Rhetorik, obgleich sie nur Rhetorik war, das Interesse des stark besetzten Hauses erzwang, das an dem flüssigen Pathos dieses Ekstatikers und an seinen oft geschliffenen Formulierungen einen gewissen ästhetischen Gefallen fand. An demagogischer Geschwätzigkeit ist Goebbels dem Adolf Hitler ebenbürtig, dessen Name er bezeichnenderweise in seiner einstündigen Rede nicht ein einziges Mal erwähnte, an Wirkung auf den Zuhörer dürfte der Rheinländer dem Oesterreicher bereits überlegen sein.

Aber auch in anderer Hinsicht wird Hitler seinem Berliner Leutnant nach dieser Rede nicht grün sein. Während sich der bisherige Führer der Nazi-Bewegung seit dem 14. September bemüht hat, etwaige Regierungsmöglichkeiten für die nächste Zukunft nicht zu verbauen, war Goebbels offenbar bemüht und planmäßig bestrebt, die Kluft zwischen seiner Partei und dem

Es ergeht deshalb der Appell der Reichsregierung an dieses Hohe Haus, alles daran zu setzen, um dem Etat auch durch parlamentarische Verabschiedung rechtzeitig bis zum 31. März Gesetzkraft zu verleihen. (Abg. Scheller (Komm.): Zwar miserabel, aber rechtzeitig.)

Es ist keine Frage, daß In- und Ausland diesmal mit besonderem Interesse auf die Beratungen und auf die Art der Verabschiedung des vorliegenden Haushalts blicken.

Herr Abg. Stöcker hat eben eine Interpellation eingebracht über angebliche Diktaturpläne. Ich kann versichern, daß die Reichsregierung solchen Plänen, sollten sie überhaupt bestehen, restlos ablehnend gegenübersteht. Und der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß die Reichsregierung gerade den größten Wert darauf legt, den Haushalt parlamentarisch zu verabschieden.

Die Reichsregierung hat wiederholt in den vergangenen Monaten zu dem Hilfsmittel des Artikels 48 Zuflucht nehmen müssen. (Zuruf der Natsoz.: Also doch Diktatur!) Es ist nicht ihre Absicht gewesen und wird es nicht sein, etwa zu versuchen, namentlich in solchen Fragen auf die Dauer und häufiger von dem gleichen verfassungsmäßigen Mittel Gebrauch zu machen. Sie ist der Ansicht, daß es im Interesse der Reichsregierung sowohl wie dieses hohen Hauses liegt, daß möglichst wenig vom Artikel 48 überhaupt Gebrauch gemacht wird. Sie hofft, daß es bei gutem Willen und bei vollem Verantwortungsbewußtsein es der gemeinsamen Arbeit von Reichsregierung und Reichstag möglich sein muß und möglich sein wird, auch auf parlamentarischem Wege die schwebenden gesetzgeberischen Aufgaben zu lösen.

### Kreditsicherheit und Artikel 48.

Wir legen um so mehr Wert darauf, weil dies auch im Auslande von den Möglichkeiten und dem Ausmaß des Artikels 48 eine falsche Vorstellung herrscht. (Lachen bei den Kommunisten und bei den Nationalsozialisten.) Eine falsche Vorstellung, die gelegentlich auch durch einige Oppositionsparteien ganz besonders genährt wird. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wir legen deshalb Wert darauf, auch weil wir im Interesse der Kreditsicherheit wünschen müssen, daß überhaupt die parlamentarische Beratung unter allen Umständen die Regel bleibt. Wir haben den Etat — ohne daß ich auf Einzelheiten eingehen will, denn der Finanzminister hat bereits wiederholt vor der Öffentlichkeit über den Etat gesprochen — so aufgestellt (Zuruf bei den Kommunisten: daß für soziale Zwecke nichts übrig bleibt!), daß er den Erfordernissen weitgehend der Sparsamkeit und vorsichtiger Schätzungen entspricht. Wir sind uns von vornherein darüber klar gewesen, daß die Kreditsicherheit unserer Schätzungen bei gewissen Einnahmen davon abhängig ist, wie die weitere wirtschaftliche Entwicklung verläuft. Nach dieser

Zentrum zu vertiefen, ja unüberbrückbar zu machen. Seine Rede war eine einzige persönliche Anpöbelung des Reichskanzlers Brüning, wie sie sich die ganz still und vernünftig zuhörenden Kommunisten bestimmt nicht besser hätten leisten können. Sie war auch fast ausschließlich eine Kampfansage an das Zentrum, und der „Marxismus“ fiel dabei auffallend leer aus. Was der große Adolf Hitler seit den Reichstagswahlen durch vorsichtiges Davieren und durch planmäßige Fühlungnahme anzubahnen bemüht war, nämlich die legale Herbeiführung einer Rechtskoalition, das hat der kleine Goebbels in einer Stunde mit sabstischem Vergnügen kurz und klein zer schlagen.

Für den sozialdemokratischen Redner, Genossen Gollmann, war es danach ein leichtes, die politische Geistesarmut dieser nationalsozialistischen Phrasenschinderei zu enthüllen und ihr die zielbewusste Aufbauarbeit der republikanischen Arbeiterschaft entgegenzuhalten, die angesichts der falschtischen Gefahr ausgerüstet ist und sich im ganzen Reich kräftig zur Wehr setzt. Die gesamte Rechte hatte zu Beginn dieser Rede den Saal verlassen, so daß es den Kommunisten überlassen blieb, durch Zwischenrufe die Wirkung dieser Abrechnung mit dem Faschismus zu stören.

In dem Oberschlesier Kleiner haben die Deutschnationalen ihren anerkannt unanständigsten Redner gegen Brüning vorgeschickt. Der Reichskanzler hielt es für notwendig, diesem Wanne ausführlich zu antworten, und er tat dies in energischen und erregten Worten. Die Nationalsozialisten quatterten Dr. Brünings Feststellung, daß die Hugenberg nur die Wählerreihen der äußersten Rechten und der äußersten Linken verstärken, mit freudigem Beifall.

Aber mögen sie tatsächlich am Ende die gesamte Hugenberg-Partei auffressen, gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum wird der Faschismus vergeblich anrennen!



Richtung hin haben wir uns bereits bei der Verabschiedung des Etats im Kabinett entschlossen.

daß für den Fall, daß die weitere wirtschaftliche Entwicklung Mindererträge bei gewissen Einnahmehaltungen bringen sollte, der Ausfall nicht durch neue Steuern oder durch eine Vermehrung der Schulden gedeckt werden sollte.

sondern durch eine Senkung (Zuruf bei den Kommunisten: der sozialen Ausgaben!) von Ausgaben und weitere Ersparnisse (Zuruf bei den Kommunisten: Welche Ausgaben? — Zuruf rechts: Und wie ist es mit der Steuerentlastung?) Aus diesem Grunde hat die Reichsregierung selbst das Gesetz eingebracht, das garantieren soll, daß der Etat über eine gewisse Höhe in den nächsten Jahren nicht steigen darf. Aus diesem Grunde hat die Reichsregierung auch schon im vergangenen Jahre nicht etwa, wie es vielfach in der Oppositions- presse dargestellt wird, eine leichtsinnige Schätzung in dem Etat der

## Entscheidende Abstimmungen.

### Änderung der Geschäftsordnung und des Präsesekes.

Am Freitag und Sonnabend wird sich der Reichstag mit den Vorschlägen zur Änderung der Geschäftsordnung sowie mit der Novelle zum Verfassungsgesetz befassen, die den Antrag beenden wird, daß Abgeordnete ihre Immunität mißbrauchen, um als verantwortliche Redakteure zu zeichnen und damit straflos verleumden zu können. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Donnerstag beschlossen, diese Änderungsanträge zu unterstützen.

Wie überhaupt in den nächsten Wochen bei den Etatberatungen wird besonders am Freitag und Sonnabend die Anwesenheit aller sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder erforderlich sein. Entsprechende Dispositionen werden von dem Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wie auch von dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei getroffen, damit für die nächste Zeit die Unabkömmlichkeit der Abgeordneten von Berlin nicht durch anderweitige Verpflichtungen in Frage gestellt wird.

Notverordnung aufgestellt, sondern die Reichsregierung hat, namentlich bei den Ausgaben für die Krisenfürsorge und die Arbeitslosenversicherung (Zuruf bei den Kommunisten: sich nur getrennt!) eine pessimale interne Schätzung aufgestellt, und ich kann dem hohen Hause mitteilen, daß bislang in keinem Monat die interne Schätzung der Reichsregierung irgendwie erreicht worden ist. (Große Unruhe auf der äußersten Rechten und äußersten Linken.)

### Die Regierung fordert Ermächtigung.

In dieser Auffassung hat die Reichsregierung sich mit den Forderungen einer Reihe von Parteien gefunden, vor allem mit der Deutschen Volkspartei. (Abg. Rufe rechts und links. Beifall bei der D. Vp., Abg. Torgler [Komm.] ruft: Jetzt kommt die Verbeugung vor Herrn Dingeldey! — Dingeldey aufsteht! — Heiterkeit.) In wiederholten Zusprachen hat sich ergeben, daß nach dieser Richtung hin eine Uebereinstimmung besteht. Die Reichsregierung wird deshalb das hohe Haus bitten, ihr die Ermächtigung zu geben, im Laufe des Etatsjahres weitere Ersparnisse zu machen. (Lachen rechts.) Wenn die Herren Zurufer mir eben mitteilen, daß sie das nicht verstehen, so nehme ich ihnen das nicht übel aus dem einfachen Grunde, weil ein Teil von Ersparnissen überhaupt nicht erst möglich ist, wenn gewisse weitere Reformen, die vor allem auf dem Verwaltungsgebiete liegen, durchgeführt worden sind. (Abg. Rufe rechts.) An sich beansprucht allerdings die Reichsregierung das Recht — so wie sie es auch im vergangenen Jahre gehandhabt hat —, von sich aus erhebliche Ersparnisse zu machen, Ersparnisse, die nicht in einem gewissen Zeitpunkt im einzelnen schon festgelegt werden können, sondern die eben von den erwähnten Momenten und Voraussetzungen teilweise abhängig sind. Ein solches Ermächtigungsgesetz soll die Garantie bieten, daß im In- und Auslande sich festsetzt die Erkenntnis durchsetzt, daß die Reichsregierung ihren Weg der Ersparnisse und der absolut sicheren Fundamentierung des Haushalts weitergehen wird. (Abg. Torgler [Komm.]: Auf Kosten der Arbeiter!) Dieser Weg (Zuruf bei den Komm.: Geht über Leichen!) ist und wird auch bereits vorbereitet für die nächsten Jahre. (Zuruf bei den Komm.: Frankreich wird Ihnen dankbar sein!)

Nun, Frankreich wird nicht dankbar sein, sondern dieser Weg ist der sicherste, um die Bahn für die Lösung der Reparationsfragen freizumachen.

(Lachen bei den Komm., und Rufe: Das wollten wir nur hören!) Im übrigen spielen die Reparationsfragen für diesen Etat wie für jede entscheidende Frage des deutschen Volkes eine besondere Rolle. (Abg. Rufe rechts.) Und wir sind mit allen Kreisen der Bevölkerung darin einig (Lachen rechts), daß diese Frage als ein düsterer Schatten über dem ganzen deutschen Volke und über allen Maßnahmen, die zu seiner Rettung getroffen werden können, liegt. Aber (Zuruf bei den Komm.: Denken Sie an Ostpreußen, denken Sie an die saulen Eier in Breslau!)

agitorische Lösungen der Reparationsfrage sind nicht geeignet, der Reichsregierung eine Stärkung in ihren Maßnahmen zur Vorbereitung einer solchen Lösung zu bereiten.

(Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wir sind der Ueberzeugung, daß in der Welt die Erkenntnis wächst, daß die Reparationsfrage nicht nur eine für Deutschland außerordentlich bedrückende Frage ist, sondern während in die gesamte Weltwirtschaft dauernd eingreift. (Große Unruhe auf der äußersten Rechten und äußersten Linken.) Wenn wir uns über diese wachsende Erkenntnis freuen, so bedauern wir doch außerordentlich, daß nicht gleichzeitig die Erkenntnis im Ausland wächst, daß Deutschland wirtschaftspolitische Maßnahmen treffen muß, die im Ausland sehr unangenehm empfunden werden, um überhaupt Reparationsleistungen zu zahlen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wir müssen uns die Freiheit nehmen, trotz aller Sorgfalt und trotz aller unserer handelspolitischen Ziele, die nicht abmeiden von der bisherigen Politik (Abg. beim Landvolk), dafür zu sorgen, daß wir die Reparationsleistungen, solange nicht eine andere Gesamtlösung erreicht worden ist, so erfüllen, daß wir sie aus eigener Kraft unter Stärkung der eigenen Landwirtschaft und der Industrie (Lachen und Zurufe rechts: Rebensarten!) ausbringen können.

### Gesamtösung des Reparationsproblems.

Ich habe vorhin schon erwähnt, daß Teillösungen, wenn sie mit für uns unerträglichen Bedingungen verknüpft sind, für die jetzige Reichsregierung nicht annehmbar sind. Das Ziel muß sein, unsere gesamte Wirtschaft und Finanzpolitik so aufzubauen und so systematisch auf lange Sicht zu gestalten, daß wir eine Gesamtlösung sicher vorbereiten können. Und von dieser Gesamtlösung hängt die weitere Entwicklung ab, und ich kann versichern, daß die Reichsregierung ihre gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik in die Vorbereitung einer solchen Lösung stellen wird. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Jedoch ist die Reichsregierung geneigt, sich das Tempo und den Zeitpunkt besonderer Schritte aus innenpolitischen Gründen nicht diktiert zu lassen. Sie ist nicht geneigt (Zuruf bei den Komm.: Abzutreten!), aus Popularitätsgründen sich in eine Situation hineinmanövrieren zu lassen, aus der nicht eine Besserung unserer Lage, sondern nur eine Schädigung des deutschen Volkes hervorgehen kann.

(Beifall bei der Mehrheit, Lachen auf der äußersten Rechten und

# Hitler verhängt Redeverbot.

## Ueber Feder. — Keine Disputationen mehr. — Geständnis der Niederlage Feders. Goebbels zieht Feder des Verrats.

Ueber die Fraktionsführung der Nationalsozialisten am 4. Februar im Reichstag erfahren wir:

Hitler war nicht dabei anwesend. Die Leitung lag in den Händen von Dr. Frick-Weimar. Es wurde einstimmig bei Stimmenthaltung von Feder beschlossen,

daß weder Feder noch sonst irgend ein Nationalsozialist in Zukunft sich an Rundfunk- oder sonstigen öffentlichen Disputationen beteiligen darf.

Besonders scharf forderte dies Dr. Frick, der sich in größten Anklagen gegen Feder erging. Die Vertreter des Flügels, der mit Otto Stroher sympathisiert, erklärten gleichfalls ihre Mißbilligung der Feder-Rede im Rundfunk, jedoch mit der Begründung, daß das, was Feder über den Sozialismus gesagt habe, sie keineswegs befriedige. Hierauf sagte Dr. Frick wörtlich folgendes:

„Das alles bestätigt nur die Richtigkeit und Notwendigkeit des Abstinenzantrages und des Redeverbotes; es kommt gar nicht darauf an, was irgend ein Arbeitnehmervertreter zu den Problemen zu sagen hat, sondern einzig und allein darauf, was Herr Hitler zu sagen hat. Dieser aber verbietet auf Grund der mit Feder-Nötigung gemachten Erfahrungen für die Zukunft jegliche öffentliche Disputation.“

Feders Rede in Oldenburg, in der er von einer möglichen Koalition mit dem Zentrum sprach, wurde scharfstenfalls verurteilt; lediglich ein Teil der bayerischen Abgeordneten stimmte ihm zu. Entgegen den Veröffentlichungen der „Germania“ vom 4. Februar behauptet Feder, er habe den von ihm angeführten Brief des Zentrumsabgeordneten Raas erhalten und könne ihn jederzeit vorweisen. Auf Antrag Goebbels,

der Feder des offenen Verrats am Nationalsozialismus beschuldigte,

wurde beschlossen, daß Feder die geplante Unterredung mit Raas nicht haben dürfe, da dies einzig und allein Sache Hillers sei.

Feder erklärte sich bereit, sich diesem Beschluß zu beugen.

## Klägliche Niederlage Fricks im Reichstag

### Das Ende einer Antisemitaktion.

Seit Tagen hat die völkische Presse mit großem Hallo angekündigt, Herr Frick würde im Reichstag die Führung der Länderfront gegen Preußen übernehmen und in der Frage der Einbürgerung „fremdstämmiger Ostausländer“ Preußen eine entscheidende Niederlage beibringen.

Wieder einmal kam es anders, als Herr Frick sich das gedacht hatte. Eine große Anzahl solcher Einbürgerungsfälle, in denen Preußen, Baden, Hessen, Anhalt, Bremen, Mecklenburg-Schwerin die Einbürgerung vorgeschlagen und in denen zunächst sämtliche übrigen deutschen Länder zugestimmt haben, wurde von Herrn Frick bean-

äußersten Linken. — Zuruf bei den Komm.: Frei nach Coué!) Wir sind fest entschlossen, zu diesem Standpunkt unter allen Umständen zu stehen und auch die Unpopularität eines solchen Standpunktes auf uns zu nehmen. (Erneuter Beifall.) Wir möchten nicht die historische Verantwortung dafür tragen, daß wir in eine Situation hineinmanövrieren werden, aus der für Deutschland ganz gewiß keine Rettung und keine Verbesserung zu erwarten ist. Im übrigen wird für diese Fragen die Möglichkeit der Erörterung bei der großen außenpolitischen Debatte in der nächsten Woche gegeben sein. Ich beabsichtige deshalb auch nicht, auf die Außenpolitik irgendwie einzugehen.

Ich möchte nur noch bei drei Punkten etwas verweisen. In den vergangenen Wochen haben eingehende Beratungen mit allen Vertretern der Landwirtschaft stattgefunden, und ich kann zu meiner Freude mitteilen, daß es möglich gewesen ist, zu einer Einigung über einen Gesamtplan zur Rettung der Landwirtschaft zu kommen. (Widerpruch rechts.)

Wir hielten einen solchen Plan, der nicht nur durch gesetzgeberische Eingriffe verwirklicht werden kann, deswegen für unbedingt notwendig, weil wir auf lange Sicht die Rettung der deutschen Landwirtschaft nicht allein auf Zölle aufbauen können.

Die Reichsregierung wird, soweit gesetzgeberische Maßnahmen in Frage kommen, diese in kürzester Zeit dem Reichstag und Reichstagsrat vorlegen.

Auch über das große Ostschiffgesetz ist zur Stunde nahezu eine restlose Einigung bereits erzielt worden und das hohe Haus wird sich in den nächsten Wochen auch mit diesen Fragen weiter zu beschäftigen haben. Die Schwierigkeiten des Gesetzes sind deswegen sehr groß, weil die Meinung im Osten in der Landwirtschaft selbst über die Art der Hilfsmittel eine außerordentlich geteilte ist. Es gibt viele, wie wir festgestellt haben, die keine Umschuldung wollen, sondern nur eine allgemeine Lastenentlastung und sich mit einem Zusammenbrechen besonders fröner Betriebe durchaus abfinden würden. Die Reichsregierung steht demgegenüber auf dem Standpunkt, daß, soweit es die finanziellen Mittel zulassen, es notwendig ist, beide Maßnahmen miteinander zu verbinden, daß aber die Umschuldung unter keinen Umständen aufgegeben werden darf, weil sie nicht nur die Landwirtschaft treffen würde, sondern vor allem auch einen Zusammenbruch von Handel und Gewerbe in den weitesten Teilen der östlichen Grenzgebiete zur Folge haben würde. (Zuruf bei den Regierungsparteien: Sehr gut!) Wir glauben deshalb einen Weg gefunden zu haben, der eine Lösung der Schwierigkeiten im Rahmen des finanziell Denkbaren vorsieht. Wir bitten das hohe Haus, im Zusammenhang mit den Beratungen über den Etat zu einer möglichst schnellen Verabschiedung der ihnen alsbald vorzuliegenden Vorlagen zu kommen.

### Das Arbeitslosenproblem.

Zu den wichtigsten Problemen, die die Reichsregierung beschäftigen, gehört die Frage der Arbeitslosigkeit, eine Frage, die ganz besonders deswegen erschwert und verschärft worden ist, weil in den vergangenen Monaten Kreditabzüge aus dem Ausland zu einer erheblichen weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit beigetragen haben.

Die Reichsregierung hat deshalb eine Kommission einberufen (Zurufe der Komm.), die bereits zusammengekommen ist, um den Gesamtkomplex der Fragen, die mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängen, zu untersuchen. Daneben laufen bereits seit längerer Zeit Besprechungen mit maßgebenden Anstalten der Wirtschaft und der Arbeiterschaft, um zu Lösungen zu kommen, von denen wir be-

standet, so daß eine Entscheidung des Reichsrats erforderlich wurde. In einer der vorigen Reichstagsitzungen waren bereits 62 Fälle gegen Herrn Frick entschieden worden; der Reichsrat hat ihm ausdrücklich befohlen, daß in sämtlichen Fällen die von Thüringen gegen die Einbürgerung geltend gemachten Bedenken unbegründet seien. 120 weitere Fälle standen gestern zur Entscheidung. Viermal beantragte nach lebhaftem Redebuell mit dem preußischen Vertreter, Ministerialdirektor Brecht, der Vertreter Thüringens namentliche Abstimmung, und in allen Fällen fiel Herr Frick hintenunter. Wieder ist der Reichsrat deutlich von ihm abgerückt!

Zur Frage der künftigen Einbürgerungspraxis sah die Reichsregierung eine auf die Anregung Preußens zurückgehende Entscheidung. Bislang lag der preußischen Verwaltungspraxis auf den übereinstimmenden Wunsch des Hauptauschusses und des Plenums des Preussischen Landtages eine zehnjährige „Mindestbewährungsfrist“ zugrunde. Das ist etwa nicht so zu verstehen, daß nach Ablauf von zehn Jahren jeder Ausländer ohne weiteres eingebürgert wurde. Die zehn Jahre bildeten vielmehr für den Regelfall die Voraussetzung dafür, daß überhaupt ein den Behörden vorgelegtes Gesuch weiter verfolgt und auf Eignung des Antragstellers hin geprüft wurde. Für die Zukunft ist nach der Meinung des Reichsrats, der er in dieser Entscheidung Ausdruck gab, von einer zwanzigjährigen Frist auszugehen.

Maßgebend hierfür war der Gesichtspunkt, daß gerade in der nächsten Zeit mit einer großen Anzahl von Anträgen solcher Ausländer zu rechnen ist, die erst nach dem Kriege nach Deutschland gekommen sind. Da auch die zwanzigjährige Frist nicht schematisch angewandt werden sollte, sondern Raum für eine individuelle Prüfung des Einzelfalles läßt, so daß in besonderen Fällen auch unter diese Frist herabgegangen werden kann, ist zu hoffen, daß diese Entscheidung des Reichsrats nicht unnötige Härten für die einzelnen Einbürgerungsbewerber zeitigen wird.

## Schon bescheiden!

### Keine Begeisterung für das Stahlhelmvolksbegehren.

Die Einbringung des Stahlhelmvolksbegehrens hat zu beiden Seiten des Stahlhelm Verlegenhelten und Eisenschütteleien um die Führung hervorgerufen. Man merkt die Absicht, sich nicht der Gefahr einer Dolchstoßbeschuldigung auszusetzen, gleichzeitig aber auch dem Stahlhelm die Verantwortung für die Pleite selbst zu überstoßen. In einer Verlautbarung der Deutschnationalen Volkspartei heißt es:

„So kann das Volksbegehren des Stahlhelms zu einem entscheidenden Abschnitt des Kampfes um die Macht in Preußen werden. Was der Kampf um den Young-Plan für die Reichstagswahlen vom 14. September geworden ist, das wird in jedem Falle das preussische Volksbegehren für die bevorstehenden großen Wahlen sein.“

An die Auflösung des Landtags, also an einen Erfolg des Volksbegehrens, glauben also nicht einmal die um Hagenberg, die erblicken in der Stahlhelmaktion lediglich die Eröffnung des Wahlkampfes für die kommenden Landtagswahlen des Jahres 1932.

stimmt eine erhebliche Minderung der Arbeitslosigkeit erwarten. Diese Dinge, die zum großen Teile nicht gesetzgeberisch zu lösen sind, müssen ebenfalls mit einer gewissen Systematik behandelt werden. Ihr Erfolg, wenn die Beratungen zu einem Ergebnis führen, hängt allerdings genau so wie bei dem Ostschiffgesetz in erster Linie davon ab, ob der Etat des Jahres 1931 von diesem Hause rechtzeitig verabschiedet werden kann. An der parlamentarisch rechtzeitigen Verabschiedung wird zu einem großen Teile die Möglichkeit von Krediten hängen und ich richte den dringenden Appell an dieses hohe Haus, im Rahmen der gesamten notwendigen Maßnahmen sich seiner Verantwortung gerade in bezug auf den Etat voll bewußt zu sein.

Gerade aus diesem Gesichtspunkte heraus begrüßt es die Reichsregierung, daß eine Mehrheit von Parteien sich zusammengefunden hat, um eine Änderung der Geschäftsordnung vorzunehmen. (Abg. bei den Komm.)

Diese Änderungen der Geschäftsordnung — davon bin ich überzeugt — werden dazu dienen (fortdauernde Unruhe), Erschütterungen der finanziellen Stabilität, wie wir sie so häufig gehabt haben, für die Zukunft zu vermeiden. (Ruf bei den Komm.: Es lebe die Demokratie!)

Wir sind überzeugt, daß eine Demokratie um so härter ist, und um so angelegener, je mehr sie die Verantwortung selbst fühlt, die sie hat. (Lebhafter Beifall und Handklatschen b. d. Regierungsparteien.) Wir leben in diesen Maßnahmen zur Änderung der Geschäftsordnung ein Zeichen dafür, daß dieses Haus entschlossen ist, ebenso wie die Reichsregierung, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß eine Erhebung der Beratung möglich ist, daß die Fehler der Vergangenheit vermieden werden und daß eine Sicherung unserer finanziellen Maßnahmen auch für die Zukunft gegeben ist, von der allein eine erfolgreiche Innen- und Außenpolitik letzten Endes abhängt. (Lebhafter Beifall und Handklatschen bei den Regierungsparteien. Lärm bei der Opposition.)

Präsident Loh teilte das Eingehen eines kommunistischen Mißtrauensantrages mit.

Abg. Sühr (Komm.) beantragt, wie es auf Verlangen einer großen Partei nach solchen Regierungserklärungen immer geschähe, die Beratungen um einen Tag zu versetzen.

### Abg. Hermann Müller-Franken (Soz.)

macht darauf aufmerksam, daß schon wiederholt nach Regierungserklärungen die Debatte sofort begonnen habe. Wenn man sich auf eine Erwiderung erst präparieren muß (Lärm rechts, Heiterkeit in der Mitte und links), so würde dazu eine Stunde Pause doch genügen.

Die Vertagung wird abgelehnt mit den Stimmen des Zentrums und der gesamten Linken.

Abg. Albricht (Komm.) spricht über das Arbeitslosensend und greift in der üblichen Weise nicht nur die Regierung und ihre Parteien, sondern auch die Sozialdemokraten an. Als er sagt die nationalsozialistischen Arbeitermörder hätten den Saal aus Angst vor Anklagen gegen sie verlassen, unterjocht Präsident Loh die Bezeichnung von Abgeordneten; diese Beschuldigung werde gegen- seitig erhoben, der Präsident habe die Wahrheit nicht nachzuprüfen, aber der Ausdruck sei unparlamentarisch. — Die geistige Mitteilung des Abg. Limberg (Soz.), daß die Ruhrbergarbeiter sich mit dem Knüttel der Terroristen angeschlossen haben, verdrängt Albricht in die angebliche Unordnung, die Sitzreihen zu verprügeln, was auch die Komm.-fraktion gemeinsam mit der Nollge getan hätten. Die Hamburger Politik des Sozialdemokraten Schänfelder beschuldigt Albricht, den Nationalsozialistischen Missionen zu helfen. Goebbels ist zu feige, unsere 10 Fragen zu beant-



worten. (Rufe des Präsidenten.) Allerdings kenne ich noch nicht die neuen Höflichkeitsregeln des sozialdemokratischen Parteiordnungsstatutes für Parlamentarier. (Ordnungsruf wegen Kränzung des Präsidenten.) Der Präsident ist also der Meinung, daß ich Goebbels richtig gefeiert habe, nur sollte ich das nicht so sagen. (Der Präsident unterlegt die Auslegung seiner Maßnahmen und droht den 2. Ordnungsruf an. — Höl-Rufe der Kommunisten.)

Die Stimmzettelfomödie der rechtsradikalen Volksbegehren machen wir nicht mit.

Den Nazis hält der Redner ihr arbeiterfeindliches Regieren in Thüringen vor. Der 25. Februar wird der faschistischen Hungerregierung die Antwort des Volkes bringen, dem nur revolutionärer Massenkampf helfen kann von Young-Plan, Lohndraub und Faschismus. Gegen die Wuthehe des Goebbels muß sich die Arbeiterschaft zum Selbstschutz bewaffnen. (Händeklatschen der Komm. — Höl-Rufe der Nazis.)

Abg. Dr. Goebbels (Nazif.) wird von den Kommunisten mit andauernden Rufen „Nieder mit dem Mordhehr!“ empfangen. Heiterkeit ruft ein Zuruf hervor: „Das ist der germanische Typ!“ Goebbels spricht zunächst von dem „Genossen Ulbricht“, der die Antwort Goebbels im Friebeichshain durch eine vorzeitige Seelschlichtung bereitete habe. Dann findet Goebbels es bemerkenswert, daß der Reichstagskanzler überhaupt noch im Reichstag spricht und nicht seine Erklärung durch Notverordnung erläßt. Als Goebbels von diesem „sogenannten hohen Hause“ spricht, unterlegt der Präsident diesen Ausbruch, der schon früher als unparlamentarisch verboten worden ist. Zur Konjunktur sagt Goebbels u. a.: Wenn das Ausland zu erkennen beginnt, daß es mit Deutschland so nicht weitergeht, so ist das der Opposition und besonders unserem Wahlsieg zu verdanken. Sämtliche Krisenfolgen bis zum „Verscherbeln“ des Reiches der Gemeinde Berlin bezeichnet Goebbels als Früchte der Regierungspolitik, die die Katastrophe herbeiführt habe. Wir nennen die Katastrophe nur beim rechten Namen.

Dann führt Goebbels die von seiner Partei angewendete Bruchgewalt auf den Terror der marxistischen Stützen Brünings zurück und

erinnert an 9 tote SA-Männer der letzten Wochen, wogegen die Sozialdemokraten und die Kommunisten in lebhaften Zwischenrufen ihre Blutziffern in Erinnerung bringen.

Die Panikstimmung nach dem 14. September haben nicht

## Goßmann rechnet ab.

Abg. Goßmann (Soz.):

Bei den Reden der Nationalsozialisten und des Kommunismus bin ich mir nicht ganz klar, wo die Politik aufhört und die Psychiatrie ansetzt. Alle Versprechungen, Verbesserungen, Versicherungen über den eigenen Mut usw. stehen es mir als fruchtbar erscheinen, wenn Ulbricht und Goebbels gemeinsam einen Salon für politische Astrologie errichteten. (Heiterkeit bei den Soz. — Rärm der Komm.; — die Nazis sind draußen.) Die Opposition der Nazis ist in der Tat, wie Goebbels gesagt hat, kurz. Diese Opposition liegt auf der Lauer, wie die romantischen Indier in Karl May's Kinderromanen. (Sehr wahr! und Heiterkeit bei den Soz.)

Wir stehen auf dem Höhepunkt des größten Hungerminsters seit der Kriegszeit. Wir haben eine verheerende Wirtschaftskrise und eine Hochkonjunktur für politische Propaganda und Wunderdoktoren. Wenn eine Regierung aus den Kraftworten der Herren Feil, Hugenberg und Thälmann Goldlöcher ergäbe, wären wir das reichste Land der Welt.

Die Vertreter von 13 Millionen Deutschen, die am 14. September nationalsozialistisch, kommunistisch oder auch deutschnational gewählt haben, konnten in diesem Hause nicht das geringste Wort für die Interessen dieser Wähler leisten. Nur eine monatliche mittelhafte und politische Panik konnten sie verursachen. Wenn diese Panikstimmung allmählich verschwindet, so darf der festen Haltung unserer Sozialdemokratie. (Rärm bei den Kommunisten.)

Die Politik der Sozialdemokratie ist längst keine parteipolitische Frage mehr, sondern sie berührt das Schicksal der Wirtschaft und des Staates. Das Feldgeschrei der Nationalsozialisten „Deutschland erwache!“ hat eine nicht gewollte Wirkung erzielt: die Sozialisten und Republikaner Deutschlands sind zur höchsten Aktivität erwacht.

(Beifall der Soz.) Wir sagen von der Parlamentariertribüne den Millionen Sozialisten und Republikanern, nicht zuseht dem Reichsbanner, Dank für die Rettungsarbeit, die sie an Reich, Staat, Volk und an meisten an der Arbeiterklasse leisten. (Beifall der Soz. Unruhe bei den Komm.) Dieser Winter zeigt, daß alle Versuche, illegal zur Macht zu kommen, an der politischen Vernunft und an der ohnehinigen Kraft der Arbeiterklasse scheitern. Der Stahlhelm mit seinem Volksbegehren in Preußen, die Nationalsozialisten mit ihrem Antrag auf Reichstagsauflösung wollen neue Panikstimmung erzeugen. Das Schicksal der hungernden deutschen Menschen ist ihnen gleichgültig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ihr Machtwahn geht ihnen über alles. Diese Politik hat zum Ziel: erhöhte Unsicherheit der Wirtschaft, vermehrte Erwerbslosigkeit, neue Verwüstung der Staatsfinanzen, neue Kapitalflucht, neue Kreditwierigkeiten, neue Zins-erhöhung, gesteigerten Ruin mittelschichtlicher und bäuerlicher Existenz, neue Gefahren für Sozialrenten und Beamtengehälter, neuen Wohnabbau, weiteres Herabdrücken des Lebensstandards. (Unruhe der Komm. Rufe: Verbrecher, Lumpensindel!) Zwei kommunistische Abg. erhalten Ordnungsrufe.) Dieses nationalsozialistische Attentat auf das Arbeitsvolk aller Schichten muß an der Vernunft des Reichstages und der Pflichttreue des Herrn Reichspräsidenten scheitern. (Zuruf der Nazis: Den Sie dauernd verunglimpfen!) Weisen Sie uns das nach! (Abg. Windler [Nazif.]: Sie Demagoge! Abg. Windler erhält einen Ordnungsruf.) Nicht viele in diesem Hause werden glauben, daß dieser Reichstag vier Jahre durchhält, aber

die Volksbefragung darf nicht zum Spiel für solche Leute werden, die mit der Volksstimmung à la Halle und à la Basse spekulieren, wie die Geschäftsleute mit Getreide und mit Börsenpapieren.

Dasselbe gilt für die kapitalistischen Schichten, die mit dem Zündstoff einer neuen Nationalversammlung und der Aufzwingung eines schlechteren Wahlrechts spielen. Solche Experimente würden dem Staatsgefüge den Rest geben und die Wirtschaft dauernder Unruhe auslegen. Ich spreche der kommunistischen Fraktion unseren Dank dafür aus, daß sie sich hier so leugert für die Erhaltung der Demokratie und des freien Wahlrechts eingesetzt hat. Auch Herr Goebbels hat sein demokratisches Herz bei seiner Kampfanlage gegen mögliche Staatsstreikpläne erwidert. Herr Goebbels hat soviel von seiner eigenen Tapferkeit geredet, die am besten dadurch illustriert wird, daß es bisher leichter gewesen ist, in Deutschland eine Million weißer Mäule aufzutreiben, als Herrn Goebbels einmal vor Gericht zu zitieren. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Obgleich Herr Goebbels absichtlich nicht möchte ich ihn hier nach der Wahrheit seiner bekannten Angaben fragen, daß er 14 Tage für den Reichspräsidenten im belagerten Gefängnis gesessen habe und dabei mit der Hundepoche mifhandelt worden sei. Leute außerhalb dieses Hauses haben den Abg. Goebbels deswegen als einen abgefeimten Lügner bezeichnet. Falls er diese Behauptung nicht widerlegt, muß ich annehmen, daß Herr Hitler mit seinem kürzlich erschienenen Artikel im „Illustrierten Beobachter“ über Zerlegungsercheinungen in seiner eigenen Partei, das Eindringen seliger und korrupter Elemente nach seinem Wahlsieg (leb. hört, hört! links) nicht nur Mitglieder der NSDAP, außerhalb des Reichstages gemeint hat. (Lebh. Beifall links.)

Zur Rede des Reichstagskanzlers möchte ich nur bemerken, daß ich das Einsehen auf die Gestaltung des Sozialstaats vermissen. Ich kündige hier schon an, daß die Sozialdemokratie nie immer sich jeder „Sparmaßnahme“ am Sozialstaat energisch widersetzen wird.

wir, sondern die Berliner Asphaltpresse der Linken erzeugt und im Ausland hervorgerufen, die von Aufstand, Barrikadenbau usw. gesprochen hat. Man hält uns vor, wir hätten noch nicht gezeigt, daß wir es besser machen könnten; verschwinden Sie doch von Ihren Plätzen, damit wir es besser machen können. Was würden Sie sagen,

wenn wir unsere Sturmabteilungen eines Tages in die Finanzämter schicken ...

(Heiterkeit und rasch zunehmende Unruhe links erschlingt den Nachsatz; der Präsident hat bereits zwei Ordnungsrufe wegen nichtparlamentarischer Zurufe erteilt.) Goebbels behauptet dann, eine neue Reichstagswahl würde 180 Nazis ins Haus bringen, (Händeklatschen äußerst rechts.) Das Volk weiß, daß das Reich längst in betrüblichem Bankrott steht. (Zuruf links: Unerbittl!) Je mehr diese Parteien glauben, weiter bestehen zu können, um so mehr stehen wir auf der Lauer. (Große Heiterkeit.) Das Volk hat nicht die Absicht, in der sturen und eigenfinnigen Opposition zu bleiben.

(Lebhafte Heiterkeit über diese Stillblüte.) Legal ist unser Weg zur Macht, aber was wir mit der Macht anfangen werden, ist etwas anderes. Wir verlangen Auflösung des Reichstages. Wer die Zukunft hat, der hat die Jugend (Händeklatschen der Nazis), die Mittelparteien haben sie nicht. Die international marxistische Klassenkampfideologie muß ausgemerzt werden. Erst Brot, dann Tribute, wie Dr. Wirth 1923 gesagt hat. Die schamlose Korruption muß weg, die sich seit 1918 in den Ämtern und Behörden breit macht. (Zuruf von den Nazis: Sewering. — Der Präsident erteilt dem Redner und dem Rufers Ordnungsrufe.) Die schamlose Betrugsgesellschaft von Zentrum und Sozialdemokratie (Händeklatschen der Nazis. — Entrüstungsrufe in der Mitte und links; — Präsident läßt die Rede schon zweimal zur Ordnung gerufenen Redner die Wortentziehung an.)

Zum Schluß gebraucht der Antimarkist das alte Bebel-Wort: „Diesem System fehlen Mann und Meißel“, was die Nazis bewunderungsvoll beklatschen.

Hätte das deutsche Volk heute nur die Aussicht auf diese Young-Parteien, so könnte es verzweifeln. Aber weil wir da sind (große Heiterkeit. — Jubelendes Klatschen der Nazis: Deutschland erwache! Dreifaches Heil! der Nazis. — Gegenrufe der Komm.)

Dieserjenige, die so gern über die angeblich geringe Bedeutung der „formalen“ Demokratie theoretisieren, könnten aus dem Klasseninstinkt der großen Kapitalisten lernen. Diese lassen die Demokratie, weil sie ihnen finanziell und sozialpolitisch zu teuer kommt. Demokratie ist freilich nicht nur Kapitulation, sondern Staatsgestaltung. Ohne eine starke Autorität ist sie nicht denkbar.

Es ist Unwissenheit oder Volksbetrug, Demokratie und Parlamentarismus für das Wirtschaftselend verantwortlich zu machen.

Die 20 bis 25 Millionen Erwerbslose in der kapitalistischen Welt verteilen sich auf Diktaturen und Demokratien, auf Republiken und Monarchien. Die diktatorisch regierten Länder, Italien und Rußland, stehen jedenfalls an Lebenshaltung der Massen tief unter allen Demokratien. Es ist ein Spiegel der Unehrlichkeit, wie Herr Goebbels den Marxismus für die internationale Strukturkrise des Kapitalismus verantwortlich zu machen. Hugenberg und andere beschuldigen die „marxistische Wahnsinnspolitik“. Wir leugnen nicht, daß die kapitalistischen Wirtschaftskapitäne in der Entwicklung der Produktionskräfte hervorragendes geleistet haben, aber sie können diese Kräfte nicht gemeinnützig organisieren. Genau wie Karl Marx vorausgesagt hat. (Unruhe bei den Komm.) Die deutschen und

die internationalen kapitalistischen Wirtschaftsführer waren unfähig, den Weltkrieg zu verhindern, der im letzten Grunde aus kapitalistischen Gegensätzen entstanden ist. Die kapitalistischen Wirtschaftsführer waren unfähig, wirtschaftlich vernünftige Friedensschlüsse zu machen; unfähig, die Inflation in den besiegten Ländern zu verhindern; unfähig, die Deflation zu meistern; unfähig, die Reparationsprobleme zu entscheiden; unfähig, die internationalen Finanz- und Zollwierigkeiten zu lösen; unfähig, die Entwaldung der Reichswälder in das richtige Verhältnis zur Zahl der Arbeitskräfte und ihrer Arbeitszeit zu bringen; unfähig, der Rationalisierung in Stadt und Land die richtigen Grenzen zu ziehen; unfähig, die Apparatur der Wirtschaft dem Verbrauch anzupassen; unfähig, die Rohstoff-, Produktions- und Absatzkrise aufzuhalten; unfähig, die Verelendung der Bauern, Arbeiter und Angestellten und Mittel-schichten zu bannen.

In Deutschland waren sie freilich fähig, politische Soldaten zu dängen, um die kapitalistische Krise in eine Schuld der marxistischen Arbeiter umzulagern. Dabei sollten diese Schichten froh sein, daß es eine marxistische Schulung gibt, die die Arbeiter weltwirtschaftliche Zusammenhänge lehrt und sie so vor wilden Fäulnissen zurückhält. (Sehr wahr! bei den Soz. Zurufe des Abg. Stubbendorff [Dnat.]. Herr Stubbendorff, mit Ihnen möchte ich mal am Rundfunk über Marxismus diskutieren! (Abg. Stubbendorff: Ja nicht! Heiterkeit.) Das kann ich mir denken; Sie werden mehr von Schnaps verstehen als ich! (Allgemeine Heiterkeit.) Es sollte auf allen Seiten die Schuld

frage zurückgedrängt werden und eine Front der Vernünftigen und Besonnenen sich bilden. Es ist nicht die Stunde parteiprogrammatischer Rechthabererei, sondern praktischer, wirtschaftlicher und finanzieller Maßnahmen. Politische Wirren in Deutschland würden den Verlust von weiteren Milliarden Lohn und Renten und neue Steuern für die Massen bringen. Die NSDiktatur fürchtet doch kein Mensch, die liegt im Monde. (Gedrüll der Komm.) Es droht uns die Diktatur des Monopolkapitalismus. Er will eine kapitalistisch gefesselte Wirtschaft und eine faschistisch gefesselte Arbeiterschaft. Nationalsozialisten erkennen diese Tatsachen nicht. Man kann ein italienisches Wort über den Faschismus auf Deutschland übertragen:

„Wenn ein Nationalsozialist ehrlich ist, ist er nicht intelligent; wenn ein Nationalsozialist intelligent ist, ist er nicht ehrlich. Wenn einer ehrlich und intelligent ist, dann ist er kein Nationalsozialist.“

Diesem Gemisch von Unfähigkeit und Unehrlichkeit liefern wir unser Volk nicht aus. Dr. Goebbels hat hier einen Kurus an die Jugend gerichtet. Den Nationalsozialisten ist es tatsächlich gelungen, durch Demagogie einen Teil der Jugend zu gewinnen. Wir haben dieses Verhängnis für die modernen Jungen unseres Bauern- und Mittelstandes, so gut wie für unsere proletarische Jugend. Diese deutsche Jugend ist wirtschaftlich verarmt und in ihrem nationalen und sozialen Idealismus verortet. Wir wollen sie der Barbarei des Klassenhasses und des Völkchasses entreißen.

Wir lassen nicht nach, bis diese deutsche Jugend hingerührt ist zu dem demokratischen Patriotismus eines Scharnhorst, Ernst Moritz Arndt und Uhland, zu dem antimonarchischen Staatgedanken eines Freiherrn vom Stein, zu dem sozialen, freien Volksstaat eines Cotta, Bebel und Eberl.

(Ironische Zurufe der Komm.) Herr Reichstagskanzler: Sie haben in einer Massenversammlung in Köln gesagt, daß in unserem Volk etwas geradezu Fabelhaftes an politischer Begabung und an Verantwortungsgedankt liegt. Dieses Wort unterstreichen wir. Wer aber ist dieses Volk? Es sind die 5 Millionen Erwerbslose, die mehr noch als am Hunger an der Demütigung leiden. In der Welt überflüssig zu sein; die Kriegesopfer mit dem bitteren Gefühl, daß ihnen das Vaterland materiell und seelisch unendlich viel schuldig bleibt; die Opfer der Arbeit, die als Sozialrentner sich elend durchschlagen; die Inflationsoopfer, die oft in vorgerückten Jahren sich der Not preisgegeben haben; die Bauern, die schwer und verschuldet auf ihrer Scholle arbeiten;

die Mittelschichten, die nicht der Marxismus, sondern übermächtige Kapitalkraft herabdrückt;

die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die bei sinkendem Einkommen ihre Pflicht tun und politischen Fanatikern die Türe weisen. (Sehr wahr bei den Soz.) Das sind die ruhigen fleißigen Volksschichten, die von den Nationalsozialisten vielfach als „Unternehmen“ beschimpft werden. (Sehr wahr bei den Soz.) Wir gestehen euch zu, daß ein erheblicher Teil des Unternehmertums inmitten der Krise schwer um die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe ringen. Der Reichstagskanzler hat dem Volk die politische Reife bestätigt.

Dieses Volk hat das Recht, eine Regelung zu fordern, die des Volkes würdig ist. Herr Reichstagskanzler: Verschließen Sie Ihre Ohren allen Geschäftspatrioten, allen Interessenspolitikern, allen Göhnlenern des Mammonismus. Die Stunde ruft nach Führern. Diese Führung aber muß hart sein und gemeinnützig und darf nur ein Ziel kennen: Deutsches Volk, deutsche Freiheit und deutsche Zukunft!

(Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Doering (Dnat.) greift das Zentrum als prinzipienlos an. Die Linke handelt gegen die Geschäftskreise, sie hat keine Ahnung von der Geschichte. (Unruhe links, Zuruf des Abg. Crispian [Soz.]. Herr Crispian, wenn Sie geschichtlich geschult wären, dann hätten Sie niemals das Wort von dem Deutschen gesprochen, der kein Vaterland hat. (Abg. Crispian: Das habe ich nie gesagt! Wo haben Sie das her?) Das habe ich häufig genug gelesen und gehört. (Höl-Rufe und Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Kleinert (Dnat.): Der Herr Reichspräsident hat in dem Gefühl, durch die Unterzeichnung des Young-Plans und des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens die enttäuscht zu haben, die ihn gewählt haben, den Ruf zur Diktatur erteilt. Die Reichsregierung hat über beschämend wenig dafür getan. Wo ist denn heute die verprochene aktive Diktatur? Wer anders hat denn 12 Jahre Illusionspolitik getrieben als die Parteien der Mitte und die Sozialdemokratie! Der bürokratische Apparat für die Diktatur steht und kostet Geld, er kriecht, aber er gibt nichts von sich. (Heiterkeit.) Die Sanierungsbürokratie leistet der Diktatur Widerstand, die Befehle der Diktaturstellen durch einen Minister ohne Geschäftsbereich widerspricht der Sparamkeit,

wirksam wäre nur die von Hugenberg vorgeschlagene Organisation. Der Redner nimmt besonders den Minister Treppner aufs Korn, dessen kurze Erwiderung er als schnoddrig bezeichnet; dann seiert die Demonstrationen, die den Kanzler auf der Straße angepöbeln haben und sagt von ihnen: Die kampfbereite nationale Bevölkerung des Ostens verbürgt uns die Errichtung des kommenden Reiches. Hören Sie den Reichstag auf, der Osten wird wählen, daß Ihnen hören und sehen vergeht. (Händeklatschen rechts.)

Reichstagskanzler Brüning:

Der Korredner hat uns vorgeworfen, daß bis 1930 die Mitglieder der jetzigen Reichsregierung sich überhaupt nicht mit dem deutschen Osten beschäftigt hätten. Um Entstellungen und Verdrehungen vor-

## Der kleine Moritz und die Justiz.



„Häh, dumme Justiz, du bist ja gefesselt!“



„O weh, scheußlicher Irrtum! — Der Arm der Gerechtigkeit ist lang!“



zubeugen, will ich ihm antworten. Herr Kleiner, als Sie noch nicht im Reichstag waren, sah ich bereits eine Reihe von Jahren als Vertreter eines östlichen Wahlkreises hier. Meine zweite Rede im Reichstag war eine Schilderung des Elends in Waldenburg-Neurode, und das ganze Haus hat mir aufmerksam zugehört. (Lärm rechts.) Wir wollen einmal ganz offen miteinander sprechen. (Beifall in der Mitte und links.) Herr Kleiner, Sie sind zu jung im Parlament (großer Lärm rechts — ein Ruf: „Es kann nicht jeder so alt sein wie Dr. Kahl!“), um zu wissen, daß 1927 eine Regierung gebildet wurde, mit ihrer Partei zusammen, und daß es eine der ersten Absichten dieser Regierung gewesen ist, auf meinen Vorschlag hin, den ich Herrn Hugenberg gemacht habe, zuerst den deutschen Osten zu entschulden und dann erst an die Reparationsfrage zu gehen. (Hört! Hört! in der Mitte und links.) Da machen Sie uns den Vorwurf, daß wir Inflationspolitik getrieben hätten? Was haben Sie gemacht?

In jenem entscheidenden Augenblick, wenn wir vor den schwersten Entscheidungen standen, sind Sie aus der Regierung herausgegangen und haben uns allein gelassen.

(Zustimmung und lebhafter Beifall der Mitte, wütendes Geschrei rechts.) Sie haben die Sozialarbeiter in die Arbeitslosenversicherung gegen unseren Arbeitsminister, den Sie heftig angegriffen haben, durch eine Koalition Ihrer Partei mit der Linken hineingebracht. Im Bande werfen Sie uns all diese Dinge vor, das wollte ich nur einmal vor dem Volke klarstellen, darauf ist Ihre ganze Rede aufgebaut. Sie sagen in einem Atemzug, daß Sie an der ersten Ostvorlage freiwillig mitgearbeitet hätten, und zwei Minuten später sagen Sie, daß Sie von dieser ganzen ersten Ostvorlage nichts gehalten hätten. Ich verstehe diesen Mangel an — Objektivität nicht. Sie wissen nicht, Herr Kleiner, weil es Ihnen unangenehm ist, daß in der ersten Ostvorlage eine Anleihermächtigung stand, und daß diese nicht durchgeführt werden konnte, aber nicht, weil die Reichsregierung, sondern weil die Rentenbankkreditanstalt, die Ihnen in ihrer nationalen Bestimmung doch nicht unsympathisch sein wird, diese Verantwortung auf sich genommen hat. Ich bin auch jetzt Abgeordneter des Ostens.

Ich weiß, mit welchen Methoden gearbeitet wird. Ich habe in Schweden gehört, daß man im Osten verbrodt hat, ich bemühte mich um französisches Kapital, damit der Großgrundbesitz seinen Widerstand aufhebe und der Osten an Frankreich verkauft werde.

(Diese mit unverkennbarer Erregung gesprochenen Worte des Reichstanzlers werden von der Mitte und der Linken mit lebhaften Pfui-Rufen unterbrochen.) Es gibt keine Verdrehung und Verleumdung, die nicht gegen diejenigen ausgetrieben würde, die sich zum erstenmal bemüht haben, dem deutschen Osten zu helfen. (Abg. Kleiner sucht die Mittäterschaft von sich abzuwälzen. — Kay Len wird wegen eines Jurufs an den Reichstanzler zur Ordnung gerufen.) Herr Kleiner hat auch erklärt, daß die Tumultuanten im Osten diejenigen seien, von denen er die nationale Erneuerung des ganzen deutschen Volkes erwarte. (Lärm rechts: Jamohl!)

Wer stand denn da? Nebeneinander Kommunisten und Nationalsozialisten, man konnte das gar nicht unterscheiden. Zum Teil waren es Sturmtruppen, die uns von einer Stadt zu anderen vorausführten.

(Lärm, Hört! Hört! in der Mitte und links), um uns dann mit Skandal zu empfangen. Wenn Herr Kleiner auf diese Demonstrationen so stolz ist, so muß ich ihm sagen, daß viele Herren seiner Partei im Osten, Männer von altkonservativer Staatsgesinnung, mir doch ihre ganz andere Meinung ausgesprochen haben. (Lärm rechts.) Auch Organe der Rechten haben in schärfster Weise gegen diese Demonstrationen Stellung genommen.

Schon zu Anfang der Reise hat man die konfessionelle Hehe angefangen, aber damit einen ganz anderen Eindruck erweckt, als Sie (nach rechts) erwartet haben.

Sie werfen uns vor, daß wir die dritte Belohnung der Ostvorlage nicht mehr durchführen konnten. Glauben Sie denn, daß es besser geworden wäre, wenn wir den Rezepten Hugenbergs folgten und eine neue Inflation herbeiführten? (Großer Lärm rechts.) Ich habe mit der ersten Inflation nichts zu tun, ich war damals noch gar nicht im Reichstag. Aber

daß die Helfersch-Mark oder ein neues inländisches Geld nur auf eine neue Inflation hinauskommt, das kann sich doch jeder ausdenken.

(Lärm, Zustimmung in der Mitte und links.) Und dann, wer dem Reiche nicht das Geld bewilligt, der kann auch dem deutschen Osten

nicht helfen. Diesen logischen Schluß werden Sie weder heute noch in der Zukunft aus der Welt schaffen können. Seien Sie versichert, ich kenne den Osten ebensogut wie Sie. Im Interesse des deutschen Ostens und damit das ganze deutsche Vaterland ein dringendes, lebendiges und beherrschendes Interesse am deutschen Osten hat, es haben muß und haben wird, deshalb sage ich, hinter diesen Demonstrationen steht keineswegs die Mehrheit im deutschen Osten.

Wenn wir, die Zentrumspartei, die Sie so hassen, und die anderen Parteien unsere Maffen angeboten hätten — Herr Kleiner, Ihre Sturmtruppen wären gar nicht zu sehen gewesen.

(Beifall der Mitte und links, — Gelächter und Lärm rechts.) Ihre eigenen Anhänger bleiben ja Dank Ihrer Politik gar nicht bei Ihnen, sondern laufen zu den Kommunisten und Nationalsozialisten über! (Lärm, Zustimmung der Mitte, heftige Gegenrufe der Flügelparteien, anhaltende Unruhe.)

Die Weiterberatung wird auf heute 15 Uhr vertagt. Abg. Sprenger (Ratlos) will in einer persönlichen Bemerkung die Jurufe widerlegen, in der Sozialdemokraten und Kommunisten während der Debatte seine interessante Diätenlamelle erwähnt hatten. Er sagt, daß die gesamte Judenpresse ihn damit verzeuget hätte, daß er unbedeutenderer Tage- und Reiselager bezogen hätte. Das habe er nicht getan, verantwortlich für das System, das solche Zahlungen ermöglichte, seien die Regierungsparteien. (Große Heiterkeit.) Im Gegensatz zu der Linken und der Mitte verprügelte er und seine Freunde diese Geister nicht, sondern sie gehörten reitlos der Partei. (Stürmische Heiterkeit der Mehrheit, Unruhe und Lärm.)

Schluß nach 19 Uhr.

## Frankreichs Etat bedroht.

### Folgen der Wirtschaftskrise.

Paris, 5. Februar. (Eigenbericht.)

Obwohl Frankreich mit seiner geringen Arbeitslosigkeit und seinem Kapitalüberschuß im Meer der europäischen Krise immer noch als die einzige Insel günstiger Konjunktur erscheint, machen sich die Krisenzeichen auch hier immer deutlicher bemerkbar. Vor allem in den Staatsfinanzen ist die Zeit des Ueberflusses endgültig vorbei. Seit November sind die Steuereinnahmen stark gesunken; schon der Dezember brachte einen empfindlichen Ausfall, der sich nach dem Urteil der Finanzkommission der Kammer im Januar in noch stärkerem Maße geltend gemacht hat.

Unter diesen Umständen erscheint das Gleichgewicht des jetzt zur Behandlung stehenden 50-Milliarden-Budgets in höchstem Maße bedroht, zumal im Voranschlag dieses Gleichgewichts nur durch künstliche Abwälzungen von insgesamt zwei Milliarden normaler Budgetausgaben für die Schuldentilgung auf die Amortisationskasse erreicht werden konnte. Aus diesem Grunde haben die Linksparteien in der Finanzkommission der Kammer einen neuen Vorstoß zur Entlastung des Budgets geplant. Sie fordern, daß die Regierung sich endlich zur Konvertierung der hochverzinslichen Staatsanleihen aus den Kriegs- und Inflationsjahren entschließt. Diese Anleihen im Gesamtbetrag von rund 75 Milliarden Franken sind seitherzeit zu fünf und sechs Prozent ausgegeben worden. Sie könnten heute in Anleihen zu 4% oder gar 4 Proz. umgewandelt werden, wodurch sich eine Ersparnis von 900 bis 1200 Millionen Franken erzielen ließe. Bisher haben sich aber die Rechtsparteien immer geweigert, diese notwendige Operation zu billigen, und zwar unter dem Vorwand, daß man die Sparer nicht noch weiter enteignen könne. In Wirklichkeit hat die Reaktion nur Angst vor der Verantwortung und befürchtet, bei den Neuwahlen in 1932 noch mehr Stimmen zu verlieren.

## Halb-Verzicht auf Festungsbau.

### Großer Erfolg der belgischen Sozialisten.

Brüssel, 5. Februar. (Eigenbericht.)

Der energische Kampf der belgischen Sozialisten gegen die Militärrüstungspläne der Regierung führte am Donnerstag zu einem wichtigen Erfolg. Die Regierung hat der Budgetkommission der Kammer, die über die Forderung auf 300 Millionen

Franken Mehrausgaben für Festungsbauten und andere Rüstungsarbeiten zu beschließen hatte, mitgeteilt, daß sie auf die Hälfte ihrer Forderung verzichtet und die zweite Hälfte des angeforderten Betrages für öffentliche Arbeiten zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwenden will.

Dieses Zugeständnis ist für die Sozialisten ebenfalls unbefriedigend, da sie, insbesondere im Hinblick auf die Genfer Verhandlungen, entschieden gegen jede Vermehrung der Rüstungen sind. Immerhin ist die Konzeption der Regierung ein Beweis für den starken Eindruck, den der antimilitaristische Feldzug der Arbeiterpartei in der belgischen Öffentlichkeit gemacht hat.

## Attentatsplan gegen Mussolini.

Anarchist verhaftet — Selbstmordversuch — Söldnermaschine gefunden.

Rom, 5. Februar. (Eigenbericht.)

In Rom wurde der bekannte Anarchist Michael Schiren unter höchst dramatischen Umständen verhaftet. Er war eigens aus Amerika gekommen, um hier politische Terrorakte auszuführen. Alle Anzeichen scheinen darauf hinzuweisen, daß er ein Attentat auf eine hervorragende politische Persönlichkeit, wahrscheinlich Mussolini, plante. Als der Häufling bei der Polizei eingeliefert wurde, gab er auf die Beamten fünf Schüsse ab und versuchte dann durch einen Schuß in den Mund Selbstmord zu verüben. Ein Polizeikommissar und zwei Polizisten wurden verletzt.

In dem Gepäck des Anarchisten wurde eine mit hochgradigen Explosivstoffen gefüllte und mit einem Uhrwerk versehene, technisch vollendete Söldnermaschine und zwei Handgranaten gefunden. Das Gepäck bestand aus zwei Koffern, die in zwei zentral gelegenen Hotels untergebracht worden waren.

Schiren, der zurzeit schwer verletzt in einem Krankenhaus untergebracht ist, war der Polizei seit langem als Anarchist und wegen seiner Verbindungen mit revolutionären Kreisen bekannt. Er wanderte vor Jahren aus seiner Heimat Sardinien nach Amerika aus und hat dort die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben. Auf Grund seines amerikanischen Passes füllte er sich in Italien sicher, reiste dort überall herum und kam am Dienstag in Rom an. Die politische Polizei bekam von seinem Eintreffen Kenntnis, ließ ihn im Hotel beobachten und verhaftete ihn schließlich. Aus den Kommentaren der Donnerstag-Abendpresse zu der Verhaftung geht hervor, daß man zahlreiche Helfershelfer des Verhafteten zur Ausführung politischer Attentate vermutet.

Wieder Revision im Jorns-Prozess. Der im Jorns-Prozess zu einer Geldstrafe von 500 M. verurteilte Redakteur Bornstein hat gegen das Urteil der Strafkammer Revision eingelegt.

In der Privatbeleidigungsklage Dr. Stolper gegen „Montag Morgen“, „Angriff“ und „Nationaler Sozialist“ verurteilte das Amtsgericht Berlin-Mitte den Redakteur des „Montag Morgen“, Reinhold, zu einer Geldstrafe in Höhe von 100 Mark, den Redakteur des „Nationaler Sozialist“, Otto Straßer, zu einer Geldstrafe von 150 Mark, und den Redakteur des „Angriff“, Dr. Rippert, zu 300 Mark Geldstrafe.

Der arbeiterparteiliche Abgeordnete Major Church ist in Berlin eingetroffen. Wie verlautet, wird Church verschiedene Besprechungen, die allerdings keinen offiziellen Charakter tragen, z. B. mit Reichstanzler Dr. Brüning über allgemeinepolitische Fragen haben.

Ministerialdirektor Trautmann, bisher Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, wird deutscher Gesandter in Peking, nachdem die chinesische Regierung das Agerement erteilt hat.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Ringelbitter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: A. D. Böhmer; Sozialismus und Sozialpolitik: F. H. Kahlert; Anzeigen: Th. Glaser; Schriftlich in Berlin: Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 3 Beilagen und 2 Beilagen.

# WERTHEIM

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Frisch. Fleisch	
Suppenfleisch . . . Pfund	0.74
Rinderkamm u. Brust . . . Pfund	0.86
Schmorfleisch ohne Knochen . . . Pfund	1.20
Roastbeef ohne Knochen . . . Pfund	1.38
Gulasch . . . Pfund	0.95
Lieserl . . . Pfund	0.65
Rückenfleisch . . . Pfund	0.66
Kalbskamm . . . Pfund	0.76
Kalbsbrust . . . Pfund	0.86
Kalbskeule . . . Pfund	0.96
Kalbskotelett . . . Pfund	1.18
Kalbsschnittzel . . . Pfund	1.80
Kahler . . . Pfund	0.96
Fr. Rinderzungen . . . Pfund	1.10
Schweinerücken . . . Pfund	0.76
Schweineschinkel . . . Pfund	0.86
Hammel-Vordertl. . . Pfund	0.96
Nierenfalg . . . Pfund	0.48
Räucherwaren	
Bücklinge . . . Pfund	0.26
Sprotten . . . Pfund	0.35
Seelachs . . . Pfund	0.42
Fleckheringe . . . Pfund	0.45
Kieier Bücklinge . . . Pfund	0.48
Flundern . . . Pfund	0.48
Aale . . . Pfund	0.26
Bratling, Rollmops, Hering in Gelee, Blmschrönering, Kronarsägen . . . Pfund	0.48

Konserven	
Spinat . . . 1/2 Dose	0.40
Karotten geschnitten . . . 1/2 Dose	0.27
Schnittbohnen . . . 1/2 Dose	0.38
Br.- u. Schnittbohnen . . . 1/2 Dose	0.58
Haricots verts . . . 1/2 Dose	0.90
Jg. Erbsen . . . 1/2 Dose	0.58
Kaiserschoten . . . 1/2 Dose	1.30
Leipziger Alerlei . . . 1/2 Dose	0.72
Gemischtes Gemüse	
Gemischtes Gemüse . . . 1/2 Dose	0.90
Bruchspargel ohne Köpfe . . . 1/2 Dose	1.48
Stangenspargel . . . 1/2 Dose	2.18
Sellerie . . . 1/2 Dose	0.40
Apfelmus . . . 1/2 Dose	1.15
Obst u. Gemüse	
Musäpfel . . . 3 Pfund	0.95
Mandarinen . . . 1 Pfund	0.32
Zitronen . . . 1 Dutzend	0.30
Apfelsinen . . . 1 Dutzend	0.45
Halbbiut-Apfelsinen . . . 1 Dutzend	0.55
Bananen . . . 3 Pfund	0.88
Kaif. Äpfel . . . 1 Dutzend	0.38
Möhren u. Zwiebeln . . . 1 Dutzend	0.05
Rot-, Weiß-, u. Wirsingkoh. . . 1 Dutzend	0.06
Sellerie . . . 1 Pfund	0.05
Blumenkohl . . . 1 Kopf	0.25
Khabarber . . . 1 Dutzend	0.38

Gänse gefroren, Pfd.	
76, 86, 96 Pf.	
Puten ungarische	
Pfund von an	95 Pf.
Hasen gestr. u. ausgeworfen,	
Pfund von an	78 Pf.
Kabeljau und Seezachs	
ohn. Kopf, ganze Fische, Pfd. v. an	20 Pf.
Fischfilet	
Pfund von an	28 Pf.
Zander gefroren	
Pfund von an	35 Pf.
Lachs gefroren	
ganze Fische, Pfund von an	95 Pf.
Eier	
10 Stück von an	88 Pf.
Gebr. Kaffee	
eig. Rösterei, 3, 60, 3, 20, 2, 80, 2, 40	1.90

Hühner	
frisch u. gefroren, Pfund von an	92 Pf.
Brathühner frisch	
Pfund von an	1.15
Hirsch u. Wildschwein	
Ragout Bistrot Rücken	35 Pf. 80 Pf. 95 Pf.
Schellfisch	
Pfund von an	24 Pf.
Grüne Heringe	
Pfund von an	35 Pf.
Frische Bleie	
Pfund von an	38 Pf.
Leb. Karpfen	
Pfund von an	86 Pf.
Molkereibutter	
Pfund	1.50
Tee-Mischung.	
Paket 125 Gr., 2, 40, 2, 20, 1, 90, 1, 80	1.45

Wurstwaren	
Hausmach.-Sülze . . . Pfund	0.52
Dampf- u. Fleischw. . . Pfund	0.88
Schinkenpolnische . . . Pfund	1.10
Landleber- u. Mettwurst . . . Pfund	1.15
Jagd-, Kümmelwurst . . . Pfund	1.35
Zerveiat u. Salami . . . Pfund	1.40
Leberwurst . . . Pfund	1.45
Teewurst . . . Pfund	1.50
Speck . . . Pfund	0.82
Gek. Schinken . . . Pfund	0.45
Knoblauchwurst . . . Pfund	1.10
Käse u. Fett	
Ramadou . . . Stück	0.20
Emmenthal. Art . . . Stück	0.55
Tilsiter Art . . . Stück	0.70
Dän. Schweizer . . . Stück	0.82
Limburger . . . Stück	0.48
Brie-Käse . . . Stück	0.86
Tilsiter . . . Stück	0.88
Holländer . . . Stück	0.90
Gorgonzola . . . Stück	1.35
Margarine . . . Pfund	0.40
Tafelbutter . . . Pfund	1.58
Dän. Butter . . . Pfund	1.74

Kolonialwaren	
Bruchreis . . . . . Pfund	0.15
Tafelreis . . . . . Pfund	0.22
Kartoffelmehl . . . Pfund	0.16
Haferflocken . . . Pfund	0.21
Weiße Bohnen . . . Pfund	0.18
Viktoria-Erbsen . . . Pfund	0.21
Linsen . . . . . Pfund	0.21
Eier-Schnitt-Nud. . . Pfund	0.44
Makkaroni . . . . . Pfund	0.44
Gem. Backobst . . . Pfund	0.40
Kalif. Pflaumen . . . Pfund	0.28
Kalif. Aprikos. . . . Pfund	0.68
Wein	
Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas	
1929 Oberhaardt, Tischwein	0.75
1929 Hainfelder Lössen	0.85
1928 Wülsteiner Hölleberg	0.95
1928 Pfaffener Nauberg	1.20
1928 Gieszeller Neuberg	1.25
1928 Rüdinger Oorberg	1.75
1928 Zelinger Schöberg	1.90
Ausgewählter Rotwein:	
Domaine St. Co. oma span.	1.00
1921 Médoc Bordeaux . . .	1.40
1926 Cndt. Bejaix Bordeaux	1.90
Deutscher Weinbrand	
„Qualitätsbranda“ . . . .	4.10
Wein und Spirituosen vom Fay zu billigen Preisen.	



## Stadtparlament aufgefliegen Schlägerei zwischen den Radauparteien — Naziführer reißt aus

Im Stadtparlament ist es gestern wieder einmal zu wüsten Tumulten gekommen, die schließlich in eine regelrechte Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ausarteten. Anfangs schien es, als sollte die Sitzung schon nach der ersten halben Stunde aufhören. Allein der umsichtigen und geschickten Geschäftsführung des sozialdemokratischen Vorkämpfers Genossen Haf, gelang es immer wieder, die erregten Gemüter der radikalen Parteien zu beruhigen. Als die Kommunisten dann aber bei der zweiten Rede des Naziführers Cippert, den sie in seiner Eigenschaft als Chefredakteur des Berliner Gorbels-Blattes der Mischgilde an dem Tode eines ihrer Parteimitglieder anklagten, die Rednertribüne stürmten, erhob sich der Vorkämpfer und schloß die Sitzung. Dank der vorbildlichen Geschäftsführung konnten vorher wenigstens einige der wichtigsten Tagesordnungspunkte noch erledigt werden. So wurden die 6 1/2 Millionen Mark bewilligt, die der Magistrat zur praktischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für Notstandsarbeiten bei der Stadtentwässerung verwenden will.

Zu Beginn der Sitzung wurde zunächst ein kommunistischer Protestantrag gegen die Verhaftung des Theaterregisseurs Piscator abgelehnt. Piscator sollte bekanntlich zum Offenbarungseid gezwungen werden, weil er sich um die Regelung einer schuldigen Luftkondensationsanlage systematisch und beharrlich bemüht hatte. Bei der Begründung eines weiteren kommunistischen Protestantrages wegen der Ermordung kommunistischer Parteimitglieder in Charlottenburg schien es nach einer erschütternden Brandrede des Stadts. Gange (Komm.) zu einem Konflikt zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu kommen. Lange wurde für Ausdrücke wie Wörbergefindel, Nordheger, Mistvieh zur Ordnung gerufen, keine Fraktionsgenossen lobten wie befehlen zu den Nazis hin, aber schließlich legte sich der Sturm, der Antrag, der die Aufhebung des Demonstrationsverbots, die Uebernahme der Beerdigungskosten durch die Stadt und die „Zurückziehung der Polizei“ verlangt, wird später verhandelt werden.

### Nazi-Cippert fürmt.

Nach der schnellen Erledigung einer ganzen Reihe unwesentlicher Tagesordnungspunkte versuchte der Nationalsozialist Cippert zur Frage der Sanierung der auf ungesundem Baugrund gebauten Häuser in der Heibel- und Frischelstraße in Charlottenburg zu sprechen. Die Kommunisten lobten gegen Cippert, den verantwortlichen Redakteur des „Angriff“, so lange, bis er von der Rednertribüne abtrat. Berühmte versuchte der Vorkämpfer, Cippert Gehör zu verschaffen, Herr Gange, der offenbar in seiner Partei etwas gutzumachen hat, stürmte auf die Tribüne, und tatsächlich wählte Cippert der Tapferkeit besseren Teil und türmte. Das zog diesem Fraktionsvorsitzenden den Zorn seines Fraktionsmitgliedes Engel zu, der laut durch den Saal rief:

„Cippert, weshalb bist Du denn abgetreten?“

Die Kommunisten wiesen mit Fingern auf den tapferen Nazi und erhöhten ihn nicht schlecht. Zur Sache selbst beschloß die Versammlung, dem Magistrat zu empfehlen, von der Hergebe von Mitteln zur Wiederherstellung der Häuser Abstand zu nehmen. — Die Vorlage des Magistrats, die die Ermächtigung zur Aufnahme von Anleihen für die Untergrundbahnbauten zum Gegenstand hat, wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen. — Genehmigt wurde die Vornahme von

### Notstandsarbeiten bei der Stadtentwässerung

in Höhe von 6 1/2 Millionen Mark. — Einen von der Stadtverordnetenversammlung am 6. November v. J. angenommenen Antrag, der eine einmalige Winterbeihilfe für langfristige Erwerbslose und sonstige notleidende Unterstützungsempfänger verlangt, hat der Magistrat unter Hinweis auf die ungeheure Zahl der zu unterstützenden und die dadurch bedingte Höhe der notwendigen werdender Summe abgelehnt. Die Summe — viele Millionen Mark — könnte

bei der furchtbaren Finanzlage der Stadt auch nicht beschafft werden. Die Kommunisten nahmen ihren ursprünglichen Antrag gestern wieder auf. Genosse Kohde betonte, daß die Kürzung der Unterstützungssätze nicht durch den Magistrat, sondern durch die Stadtverordnetenversammlung erfolgt ist. Auch die Kommunisten hätten diesem Beschluß zugestimmt. (Eisiges Schweigen bei den Komm.) Allerdings könne die Grundlage der Reichsinduzier für die Festsetzung der Berliner Richtsätze nicht auf die Dauer aufrechterhalten werden, weil die Unterstützungsempfänger nur völlig unzureichend unterstützt werden können. Hier etwas zu ändern, sei sehr nötig. Zu fordern sei aber auch, daß Doppelunterstützungen einzelner Personen aus mehreren Klassen unterbleiben. Der wieder aufgenommenen kommunistische Antrag wurde abgelehnt.

Bei der Begründung des Antrages der Kommunisten wegen der Erziehung von Kommunisten in Charlottenburg wandte sich Stadts. Gange (Komm.) gegen die Nationalsozialisten sowohl als gegen die Sozialdemokraten. Die ersteren bezeichnete er als den rechten, die Sozialdemokraten als den linken Arm der Kapitalisten. Die Kommunisten unterstützten ihren Redner durch starken Lärm zu den Nationalsozialisten hin. Als der Stadts. Cippert von den Nazis wieder als Redner vorgeschickt wird, belegen ihn die Kommunisten mit Zurufen wie Rordberhauptling, feiger Lump, Weuschelmörder.

### „Abtreten! Abtreten!“

Die Ruze wollten nicht verstummen. Der Vorkämpfer mußte die Rede oft und lange gebrauchen, um sich einigermaßen Gehör zu verschaffen: Cippert sah sich immer wieder hilflos zum Vorkämpfer um, der ihn des öfteren auffordern mußte, überhaupt erst mal mit dem Reden zu beginnen. Den Kommunisten sagte Genosse Haf, sie dürften sich nicht wundern, daß in diesem Hause, wo die Demokratie Redefreiheit für jeden gewährte, sie eventuell auch einmal von anderen Parteien im Reden gehindert werden könnten. Schließlich verstand es Vorkämpfer Haf, den Kommunisten plausibel zu machen, daß es ihnen doch auf die Erledigung ihres Dringlichkeitsantrages ankommen müßte und sie deshalb die Ordnung des Hauses nicht fortgesetzt stören sollten. Cippert redete schließlich eine Weile, doch blieb er auf der Tribüne unverständlich; er erlaubte sich aber dann am Schluß seiner Rednertribüne und mühselig vorgebrachten Ausführungen die Freiheit, den Vorkämpfer zu beschuldigen, er habe ihm nicht Redefreiheit verschafft. Dieser Angriff auf die wirklich vorbildliche und einflussreiche Geschäftsführung durch den sozialdemokratischen Vorkämpfer brachte denn auch die Sozialdemokraten auf und sie protestierten aus lebhaftester gegen den nationalsozialistischen Frechling. Noch einmal gelang die Wiederherstellung der Ruhe, Cippert aber kam und kam nicht zum Schluß. Schließlich bekam der Kommunist Grünberg Auftrag von seiner Fraktion, zum Angriff auf Cippert vorzugehen.

### Der Kommunist fürmt auf Cippert zu, schlug ihn ins Gesicht.

Nazis und Kommunisten verflärten die Kampfreihen und so mochte der „Kampf“ hin und her. Herr Engel von den Nazis, der bei den Zwischenrufen und Brodatationen die erste Rolle spielte und sich scheinbar als Palatin Cipperts fühlte, der seinen Herrn und Räuber zu schützen hätte, war zuerst vom Kampfsfeld verschwunden und überließ es dem jungen deutschnationalen Heißsporn Krüger, die Prügel zu empfangen. Wie man später vom nationalsozialistischen Fraktionsmitglied hören konnte, ist Krüger zu den Nazis übergetreten, womit die Deutschnationalen ihr enfant terrible endlich los waren. Sie werden ihn kaum eine Träne nachweisen.

Der anhaltende Tumult zwang den Vorkämpfer, die Sitzung kurz nach 20 Uhr zu schließen.

Die Polizeistunde zu Fastnacht. Für Ost- und Schankwirtschaften jeder Art im Polizeibezirk Berlin wird für Samstagabend vor Fastnacht (14. Februar) und für den Fastnachtsdienstag (17. Februar) die Polizeistunde bis 5 Uhr mit einer halbstündigen Räumungsfrist hinausgeschoben, ohne daß es der Stellung eines Antrages bedarf.

Ein Gefühl der Dankbarkeit für den grobschlächtigen Wertleiter stieg in ihm auf.

Bald nach der Mittagszeit lief auf seine Weisung der Kontorburche durch die Säle, um Sandow zu holen.

Franz stand inzwischen in dessen Kabinett und sah sich die zahllosen Zeichnungen und Skizzen an. Vieles war da, das er kannte, aber noch mehr, von dem er keine Ahnung hatte.

Je mehr er sich in das Neue vertiefte, desto mehr zwang es ihm Bewunderung ab.

Dann stand Sandow vor ihm, etwas hastiger atmend als gewöhnlich; denn er hatte eben die Treppe erstiegen und das bekam seinem umfanglichen Körper nicht mehr.

Franz streckte ihm die Hand hin.

Der Dicko, aufs höchste überrascht, ungeschlüssig was er tun sollte, zögerte, sie zu ergreifen. Er gehörte nicht zu den Leuten, die schnell eine Kränzung vergessen.

„Ortel Sandow, gib mir deine Hand!“ sagte Franz leise. „Ich habe unrecht gehandelt, gestern an dir!“

Es kamen schlechte Zeiten.

Mit einem Ruck, wie auf eine einzige große Verabredung hin, blieben die Aufträge aus.

Sandow zerbrach sich vergeblich den Kopf darüber. So lange er denken konnte, war die Geschäftslage niemals so schwierig und undurchsichtig gewesen.

Zahllose Aufträge, die bereits in Arbeit waren, wurden telegraphisch annulliert. Es blieb nichts anderes übrig als sie dennoch fertig zu machen und auf Lager zu stellen.

Es mehrten sich die Beanstandungen über bereits gelieferte Waren. Ganz offensichtlich in der Absicht, die Sendungen nicht mehr abnehmen zu müssen. Raffenhaft kam Ware zurück und verursachte doppelte Unkosten. Die Vertreter der Firma, die tagtäglich im Kontor ein- und ausgingen, klagten darüber, keine Abnehmer mehr zu finden.

Es ging auch anderen Industrien so, nicht nur der Möbelbranche. Die Wissenschaftler der Konjunkturforschungsstelle brachten die allgemeine Depression auf die Formel: „Die Nachfraktionswelle des Bedarfs ist gedekt.“

Das klang sehr klar und sehr wissenschaftlich. Aber was soll ein Unternehmen, das auf Massenproduktion eingestellt ist, mit einer abstrakten These anfangen?

Ja, wenn sie sie ein halbes Jahr vorher gewußt hätte! Aber so?

Die Hausratfabrik Ludwig Eisermann Nachfolger zum

## Messerstecherei im Norden.

Blutiger Streit in der Essaffer Straße.

Im Restaurant von Raband in der Essafferstr. 10 geriesen gestern abend mehrere Gäste wegen eines geringfügigen Anlasses in Streit, der in Tötlichkeiten ausartete. Die Gegner glangen mit gezückten Messern auseinander los. Der 27jährige Fleischer Erich Kunkel aus der Essafferstr. 39 wurde durch mehrere Stöße in die Brust zu Boden gestreckt. K. wurde ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo er sehr bedenklich dankeberlegt. Zwei weitere Verletzte, der 28jährige Wlons Konohka und der gleichaltrige Otto Hegenbrun wurden nach Anlegung von Notverbanden im Hedwigstrankenhaus in Polizeigewahrsam genommen. Mehrere andere Personen, die an der blutigen Auseinandersetzung beteiligt waren, sind anerkannt entkommen.

## Saalschlacht in Erkner.

Mehrere Reichsbannerleute verletzt.

In Erkner kam es gestern zu neuen Ausschreitungen der Hakenkreuzler gegen Andersdenkende.

Dort hielten die Hakenkreuzler im Restaurant Domang in der Friedrichstraße am Mittwochabend eine Versammlung ab, zu der zahlreiche Jungbannerleute und auch Kommunisten erschienen waren. Obgleich der Naziredner sich in wüsten Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie erging, bewahrten die anwesenden Parteigenossen Disziplin. In der Diskussion jedoch rechnete ein Sozialdemokrat mit den Volksbetrügnern gründlich ab. Nachdem noch ein Kommunist gegen die Ausführungen des Hakenkreuzlers scharf Stellung genommen hatte, verließ fast die Hälfte der Anwesenden unter dem Gejang der Internationale den Saal. In diesem Augenblick stürzten sich zahlreiche SA-Leute mit Biergläsern, Stühlen und Stuhlbeinen auf die Gegner. Es kam zu einer schweren Schlägerei, bei der ein Jungbannermann so erhebliche Gesichtverletzungen erlitt, daß er ins Krankenhaus Kalkberge gebracht werden mußte. Mehrere andere Kameraden erlitten leichte Verletzungen. Einer der Haupttäter wurde von der Polizei festgenommen.

Ein Teil der SA-Leute waren einseitlich in Feldgrauem Militärmanier gekleidet. Die Polizei sah selbstverständlich trotz des Uniformverbots keine Veranlassung zur Festnahme der uniformierten nationalsozialistischen Nordkolonnen.

## Neue Erdstöße in Neuseeland.

London, 5. Februar.

Im neuseeländischen Erdbebengebiet haben sich heute erneut mehrere heftige Erdstöße ereignet, durch die weiterer Sachschaden angerichtet wurde und die Rettungsarbeiten auf einige Zeit unterbrochen werden mußten. Die neuen Erdstöße riefen große Panik und Schrecken unter der Bevölkerung von Kapier und Hastings hervor. In diesen Städten ist der Belagerungszustand verhängt worden, um Plünderungen und Diebstähle zu vermeiden. Die Räumung der Stadt Kapier wird mit größter Beschleunigung durchgeführt. In Kapier und Hastings herrscht Nahrungsmittelmangel.

## Revision im Mordprozeß Ulbrich.

Die Staatsanwaltschaft III wird gegen das Urteil in dem Prozeß wegen der Ermordung des Uhrmachers Ulbrich das Gesamturteil durch Revision beim Reichsgericht anfechten.

Tod vor Freude. Auf der Trabrennbahn Farmsen bei Hamburg erlag ein Rennbahnbesucher einem Schlaganfall, als das Ergebnis des Rennens bekanntgegeben wurde. Durch eine Hundertmarkt-Siegwette hatte er bei der ungewöhnlich hohen Quote von 298:10 fast 3000 Mark gewonnen.

W. Soemann  
C. Wöhle  
**Unternehmer.**

Brustschlöß schloß sein Safe auf und holte das Geld heraus. Achlos, als wären es Wöhrenbüchel, warf er die Hundertmarkscheinebündel auf den Tisch. Eines fiel auf den Teppich. Franz hüfte sich hin, als hätte er Angst, es könne sich irgendwo verkrümmeln. Sorgfältig zählte er die Scheine durch, steckte sie in die Tasche und übergab dem Händler die Quittung.

Wieder jagte sein Wagen durch die Straßen. Es ging hinaus nach dem Grunewald, wo Ischa mit ihrem Mann eine Villa bewohnte. Diese Fahrt blieb vergeblich. Es gelang ihm nicht, die Zehntausend Mark zurückzuerbrennen.

Am nächsten Morgen war Franz schon vor sieben Uhr in der Fabrik.

Er sah seine Leute kommen, hörte ihre Bigeleien auf der Treppe und trat mit dem Klingelzeichen in den großen Maschinenaal.

Langsam schritt er durch die Gassen, prüfte die Stapel Holz, die an den Maschinen aufgehäuft lagen und fragte dies und das.

So inspizierte er alle Säle, das Kesselhaus und die Beizerei und wandte sich dann den Kontorräumen zu.

Die Kommandobrücke Sandows mied er und trat in die anderen Glasverschlüge ein, wo die Schreibmaschinen klapperten. Er ließ sich in die laufenden Korrespondenzen einwiehen. Dabei entdeckte er, daß mancherlei Reklamationen vorlagen. Diese Briefe nahm er an sich und ging damit zu Tante Wilhelmine hinüber, die ihm jede gewünschte Auskunft gab. Er machte sich eifrig Notizen und war froh, wenigstens einen Menschen zu haben, der ihn bis in die kleinste Einzelheit über den Geschäftsstand unterrichten konnte. Bis Mittag hatte er eine klare Uebersicht gewonnen und mußte sich eingestehen, daß er tags zuvor Sandow gegenüber sehr voreilig und unflug gehandelt hatte. Aus dem Vortrag, den ihm die Tante hielt, ging klar hervor, daß nur die Laikraft und Energie des „Dickens“ den Betrieb so tabellos im Schuß gehalten hatte.

Beispiel schludt in einem Monat hektargroße Wälder und speit dafür im anderen Monat als Fertigfabrikate Tausende und aber Tausende von Hausratmöbeln aus.

Ihre Produktion reicht aus, um ganze Mittelstädte zu versorgen.

Sie kann noch mehr, wenn es gefordert wird; denn ihre Maschinen speien und speien und die Hände ihrer Arbeitsbienen fliegen und stehen nie still.

Das läuft alles an unsichtbaren rollenden Band.

Stückarbeit in Sekunden!

Das fügt sich zur Minute, zur Viertelstunde!

Hundert Viertelstunden Arbeitszeit ergeben ein komplettes Möblement.

Was schreiben die Anzeigen in den Zeitungen und Zeitschriften? Was brüllen allnormittäglich die Anfolger in den Werbendachrichten des Rundfunks?!

Hallo! Hallo!

Die Hausratfabrik Ludwig Eisermann ist leistungsfähig!

Hallo! Hallo!

Jede Viertelstunde verläßt ein Speisezimmer unsere Fabrik; jede neunte Minute ein Herrenzimmer!

Hallo! Hallo!

Wir verfügen über die neuesten maschinellen Einrichtungen!

Unsere Materialanfuhrer sind die denkbar rentabelsten!

Hallo! Hallo!

Die Hausratfabrik Ludwig Eisermann beschäftigt vierhundert Arbeiter! Vierhundert Arbeiter!

Hallo! Hallo!

Wir haben einen Kundenkreis, der sich über den ganzen Kontinent erstreckt!

Hallo! Hallo!

Ludwig Eisermann, Hausratfabrik, liefert zu den günstigsten Zahlungsbedingungen!

Ludwig Eisermann, Hausratfabrik, gibt ab zu Engrospreisen ohne Aufschläge!

Hallo! Hallo!

Kaufen Sie! Kaufen Sie Hausrat aus Ludwig Eisermanns Hausratfabrik!

Hallo! Hallo!

Ludwig Eisermann bürgt für Qualität! Ludwig Eisermann-Hausrat ist der Beste!

Jetzt die günstigste Gelegenheit!

Hallo! Hallo!

Kaufen Sie!

(Fortsetzung folgt.)



# Freispruch der Bildschänder.

Aber schwere moralische Niederlage der NSDAP.

Die Verhandlung gegen die beiden Bildschänder, die Nazis Günz und Schnad, vor dem Schöffengericht Berlin-Lichtenberg gestaltete sich gestern zu einer einsigen moralischen Niederlage der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei.

Der Gruppenführer von Mehrow, der Versicherungsinspektor Becker, nahm den Mund besonders voll. Er hatte die Unverschämtheit, zu erklären, im Schanklokal Reichner habe Ordnung und Disziplin geherrscht. Wenn einer der S.-M-Leute das, was den Angeklagten zur Last gelegt wird, wirklich getan hätte, hätte er auch den Mut ausgebracht, die Verantwortung zu tragen und sich zu stellen. Wie war es aber in Wirklichkeit? Das neue Hindenburgbild wurde am nächsten Tage von der Kasse der Ortsgruppe der NSDAP bezogen — ist das etwa nicht ein Schuldeingeständnis? — und als der Genbarm noch am selben Abend in Ahrensfelde die Schuldigen feststellen wollte, war das selbstverständlich unmöglich, denn niemand wollte es gewesen sein. Am 10. Mai nahm sich die Republikanische Beschwerdestelle des Falles an. Monate vergingen aber, bevor die gestrigen Angeklagten aufgefunden werden konnten.

Die Hauptbelastungszeugen waren Mehrowsche Kinder im Alter von 12 bis 16 Jahren. Von der Musik angeleitet, hatten sie sich im Garten und im Saal der Schankwirtschaft Reichners eingefunden und wurden so Zeugen der Bildschändung. Sehr anschaulich schilderten sie, wie die gemeine Tat vor sich gegangen war. So sagte z. B. die 13jährige Hertha A.: „Die Hitlerleute haben das Bild aus dem Saal gebracht, es an den Baum angehängt, die Augen ausgepiekt, kaputtgerissen, zertrümmert, angefleckt, dann das Dienröhr genommen und gerufen: Flamme, Flamme, erhebe dich.“ Eine andere 13jährige sagte: „Sie haben die Augen mit dem Messer angebohrt.“ Der 16jährige Adolf H. hörte den Ruf: „Das ist der Ketzer von Ostpreußen!“ und sah, wie das Bild mit Füßen getreten wurde. Weniger eindeutig waren die Befundungen der Kinder über die Persönlichkeiten der eigentlichen Bildschänder. In Erinnerung geblieben war ihnen ein Hitlermann mit der schwarzen Mütze, zweifellos der Angeklagte Günz — er und ein SA-Mann mit einer entstellten rechten Gesichtshälfte. Vor Gericht erklärte der letztere, nichts gesehen zu haben. Wenn er vereidigt worden wäre, so hätte er bestimmt einen Meineid geleistet. Meineidig wäre wohl auch ein anderer SA-Mann geworden, der bei der Vernehmung vor Gericht plötzlich nicht mehr wahr haben wollte, was er vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt hatte. Die Wiedererkennung des Angeklagten Schnad war noch ungenügender. Unglaublich, daß kein erwachsener Zeuge von den Vorgängen im Garten richtig Notiz genommen hatte. Ansehend waren nur Nationalsozialisten dabei und die wollten selbstverständlich nicht die Täter nennen. Der größte Teil der Zeugen blieb unvereidigt, gewissermaßen wegen Verdachts der Minderjährigkeit.

Staatsanwalt Stenig hielt die Täterschaft der beiden Angeklagten für erwiesen und beantragte gegen sie, die sich, wie er sagte, der denkbar stärksten Art der Beschimpfung des Reichspräsidenten schuldig gemacht hatten, je ein Jahr Gefängnis. Das Gericht sprach beide Angeklagten frei. In der Urteilsbegründung gab der Vorsitzende seinem Abscheu vor der Tat Ausdruck. Die Angeklagten hätten jedoch freigesprochen werden müssen, da sie nicht mit Sicherheit überführt worden seien, sie gehen aber nicht als unschuldig aus dem Prozeß hervor. Der Verdacht der Täterschaft ist von ihnen nicht genommen. Unter allen Umständen bleibt das schmachvolle Vorkommnis an der NSDAP haften.

# Raubversuch im U-Bahnhof.

Beamten mit Eisenstange niedergeschlagen.

Kurz vor 23 Uhr stürmten gestern einige Burken die Treppe zum U-Bahnhof Klosterstraße hinunter und versuchten, die Kasse zu plündern. Mit einer starken Eisenstange schlugen die Banditen den 24jährigen Beamten Arthur Ernst nieder. Durch das Hinzukommen von Jahrgästen wurde der geplante Raub jedoch vereitelt und die Täter mußten flüchten. Ernst fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme, wo die Ärzte einen Schädelbruch feststellten.

# Am Ende einer Bierreise.

Zuchthaus für einen Raschemmentwirt.

Als am 1. Februar ein 62jähriger Rentner aus Strausberg in Berlin seine Invalidenrente in Höhe von 40 M. abgeholt hatte, ging er noch ein wenig durch die Straßen und lernte dabei drei junge Leute kennen, die mit ihm verschiedene Lokale besuchten. Dieser „Zeitvertreib“ endete um 3 Uhr morgens vor einem berühmten Raschemmentlokal in der Friedrichstraße, dessen Geschäftsführer ein gewisser Biedziwol war. Nach einigen Verbrüderungsgenossen, die unter reichlichem Alkoholgenuss vor sich gingen, legte Biedziwol dem 62jährigen eine Rechnung über 17 M. vor. Als dem Rentner dieser Betrag zu hoch erschien, wurde er zu Boden geworfen, ausgeplündert und draußen auf der Straße in den Rinnstein gelegt. Die Polizei, die sich seit langem mit Biedziwol beschäftigte, der wegen ähnlicher Sachen schon dreimal vor Gericht gestanden hatte, aber wegen mangels an Beweisen freigesprochen werden mußte, hatte aber aufgepaßt und nahm wenige Minuten später Biedziwol in der Raschemme fest. Das Schnell-Schöffengericht verurteilte ihn diesmal wegen schweren Raubes zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus.

# Kollah nach Berlin geschafft.

Der Nazimörder Hans Kollah, der als einer der Hauptbeteiligten an der Mordtat in der Hufelandstraße steht an der bayerisch-österreichischen Grenze bei Kuffstein festgenommen werden konnte, wird von zwei Berliner Kriminalbeamten unverzüglich von München nach Berlin übergeführt werden.

# Schupos 16 Diener des Volkswohls.

Der Polizeipräsident hat den Polizeihauptwachmeister Bachofski vom 101. Polizeirevier seine Anerkennung ausgesprochen, weil er am 30. November 1930 durch sein tatkräftiges und unerschrockenes Verhalten einen auf der Straße entlassenen Zusammenstoß zwischen gestunnsfeindlichen Parteien beigelegt und die Festnahme mehrerer Beteiligten herbeigeführt hat. Ferner hat der Polizeipräsident dem Polizeioberwachmeister Gniech vom 121. Polizeirevier seine Anerkennung ausgesprochen, weil es ihm in der Nacht zum 16. September 1930 durch tatkräftiges und unerschrockenes Verhalten gelungen ist, einen mehrmals vorbestraften gewerbsmäßigen Einbrecher festzunehmen und das Diebesgut im Werte von 1000 Mark sicherzustellen.

# Schutz für Tier, Pflanze und Stein

Jubiläum der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege

Wenn die Vertreter der modernen europäischen Industrie, Landwirtschaft und Technik ihre ungeheuren Erwerbs- und Gewinntriebe ethisch untermauern wollen, dann berufen sie sich nicht ungern auf die Bibel. Nachdem Gott den Menschen geschaffen, läßt der alttestamentarische Legendenschreiber ihn nämlich zu den Menschen sagen: „... erfüllt die Erde und macht sie euch untertan und herrschet über die Fische im Meer und die Vögel unter dem Himmel und über alles Getier, das auf Erden treucht.“ Dieses angeblich göttliche Gebot hat der Mensch denn auch gründlich befolgt, so gründlich, daß er demnächst über freie Tiere gar nicht mehr herrschen kann, weil sie von ihm, dem Menschen, vollkommen ausgerottet worden sind. Mit der Pflanze- und Baumwelt ist es nicht viel anders. Wie verhängnisvoll die absolute Herrschergewalt, die sich der Mensch über Tier, Pflanze und Erde anmaßt, sich auswirkt, sieht man in überraschenden und oft geradezu beklemmenden Darstellungen in der Sonderausstellung für Naturschutz auf der Grünen Woche.

Neben der Staatlichen Stelle und ihren provinziellen Unterabteilungen treten besonders hervor die Berliner Städtische Stelle für Naturdenkmalpflege, das Berliner Städtische Amt für Stadtplanung und die Berliner Städtische Forstverwaltung. Der Berliner Zoologische Garten hat eine große Anzahl unter Naturschutz stehender Tiere (Wasserwild) in einem natürlichen Teich vereinigt. Man sieht ein hübsches Vogelgeheiß, allerlei Modelle und Dioramen und sehr viel Anschauungsmaterial als Bilder, Karten und Statistiken. Aber selbst in dieser Beschränkung bleibt die Ausstellung sehens- und beachtenswert.

Die Hauptidee des heutigen Naturschutzes liegt in dem Bestreben, eine eigen- und einzigartige freie Natur in ihrer sich aus Tier, Pflanze und Stein zusammensetzenden Gesamtheit in dieser ihrer Ursprünglichkeit zu erhalten und dort, wo die vordringende landwirtschaftliche und industrielle Ausnutzung über kurz oder lang den ewigen Ruin einer Landschaft mit ihren Tieren und Pflanzen bedeuten würde, gewisse Gebiete als sogenannte

## Naturschutzgebiete

auszusparen und von jeder Benützung mit Ausnahme der wissenschaftlichen Forschung frei zu halten. In der Mark haben wir z. B. das Solmer Luch bei Potsdam, das Kremmener Luch, das Hochmoor im Grunewald zwischen Hubertus und dem Grunewaldsee gelegen, die Krumme Lake bei Müggelheim (in der übrigens vor Jahrzehnten der Dichter Kurt Grottel erkrankt). Nicht unerwähnt darf bleiben das hochinteressante Gebiet der Oberhänge bei Hohenlyubichow, die der Besitzer, ehemaliger Reichsminister v. Reudell, unter Naturschutz gestellt hat. Das größte deutsche Naturschutzgebiet liegt in der Lüneburger Heide. Von allen diesen und vielen anderen Gebieten bietet die Ausstellung großartige und überzeugend wirkende Photos, während andererseits die photographische Platte beklagenswerte Verluste im ganzen deutschen Land festzustellen weiß. Ein erbitterter Kampf ist auch unter dem

Ansturm des Autoverkehrs überrollt um die Bäume und ihre Erhaltung ausgebrochen und im vollen Gange. Die Ausstellung zeigt Bilder von Bäumen, von denen eine geradezu zauderhaft zwingende Wirkung ausgeht, und wiederum Bilder von Baumverrichtung, vor denen man schmerzlos und in Trauer steht. Außerordentlich aktuell ist zum Beispiel ein Bild von der zur Zeit heiß umkämpften Platane an der Kreuzung der Victoria- und Margaretenstraße in Berlin, die die Berliner Tiefbauverwaltung am liebsten umhauen lassen möchte. Ihr Stadtmann für Stadtplanung aber schreibt zu dem Bild, das es ausstellt, folgendes: „Man beachte die Stellung des Baumes auf der Straßenmitte. Der Erhaltung des prächtig entwickelten Laubmas zuliebe hat sich der Straßenverkehr entsprechend anzupassen.“ Diese verständige naturfreundliche Einstellung des Stadtmannes entspricht durchaus den Wünschen und Anschauungen der Bevölkerung.

Wie sehr aber oft die Volkmeinung in die Tere geht, kann man bei dem an sich durchaus beliebten Bild der Eulen sehen. Der Landwirt hat jahrelang in den Eulen einen gefährlichen Feind gesehen, den man ausrotten muß. Auf der Ausstellung zeigt die Provinzialstelle für Naturdenkmalpflege in Oberhavelstein sein läubelich ausgebreitet das sogenannte Gemölle einer Eule, das sind die ausgewürgten, unverdauten Speisereste. Dieses Eulengemölle ergibt die

## Knochen von nicht weniger als 3350 verzehrten Feldmäusen

und von nur einem Vogel. Man sieht, welche ungeheuren Nutzen die Eule hat. Das beginnt man aber erst jetzt einzusehen, nachdem das Geschlecht der Eulen beinahe auf dem Aussterbeort steht. Mit anderen sogenannten Raubvögeln geht es ähnlich.

Ein besonders trauriges Kapitel ist die Verschwendung und Verschimpfung der Natur durch unachtsame Menschen. Hier hat die Berliner Städtische Stelle vorbildlich gearbeitet. Aber auch eine fast brutal zu nennende Reklame hat sehr viel zur Verschönerung unserer Natur beigetragen. Wie man der Schuljugend die Gedanken des Naturschutzes nahe bringt, zeigt eine Ausstellung von Zeichnungen, die Schulkinder geschaffen haben und in denen sie drastisch ihrer Ueberzeugung Ausdruck leihen. Unter den Jünglingen der Berliner Städtischen Stelle für Naturdenkmalpflege hat dann unser Touristenverein Naturfreunde eine wirklich sehenswerte Zusammenstellung von Photos und ein Modell des Naturfreundehauses am Uckersee gebracht.

So wird der wahre Natur- und Heimatfreund, der Wanderer und Reisende unendlich viel Anregendes und Nachdenkliches in dieser Ausstellung beifammen haben, von der man wünscht, daß sie Berlin als ständige Ausstellung erhalten bleiben könnte. Unsere Stellung als Sozialisten zu dem Problem des Naturschutzes aber ergibt sich aus unserer Stellung zum Menschen. Von ihm und seinem Schutze gehen wir aus, und indem wir den Menschen aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen ein freundliches Schicksal bereiten wollen, treten wir auch dafür ein, daß die Schönheiten der Erde mit Tier, Pflanze und Stein gepflegt und erhalten werden, ihm, dem Menschen zur Freude.

# Vorträge der Woche.

## Aufstieg und Ende der Nazis.

Die 3. Abteilung der Sozialdemokratischen Partei veranstaltete im volkseigenen Gewerkschaftshaus eine öffentliche Kundgebung gegen den Nationalsozialismus. Genosse Prof. Kölling erörterte mit der ihm eigenen Schärfe der Gemeinführung und mit heißender Satire die nationalsozialistische Politik. Nach ihm gliedert sie sich in drei Phasen: Rassenfrage (Kampf gegen die Juden!), außenpolitische Einstellung („Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!“) und als letztes Zugmittel, nachdem die anderen mehr oder weniger versagt haben: Kampf gegen den Marxismus. Diese Kampfansage ruft die Sozialdemokratie auf den Plan. Genosse Kölling konnte jedoch den Beweis erbringen, daß kein nationalsozialistischer Gegner es bisher bei seinen vielen öffentlichen Vorträgen gewagt hat, ihn zu widerlegen, bis auf die bekannte Auseinandersetzung mit Dr. Feder im Rundfunk, die ja mit glänzendem Fiasko der Nazis endete. In den Wahlstrom des Kapitalismus werden die Zwischenschichten mit hineingerissen, die heute noch nicht vom Klassenbewußtsein des Proletariats getragen werden und darum in einem Akt der Verzweiflung die faschistische Partei auffüllen. Da nun aber diese großen Schichten auch zur Erkenntnis kommen, daß ihre Proletarisierung unabweisbares Schicksal ist, werden sie sehr bald lernen, die historischen Fallschirmelungen des Faschismus als solche zu durch-

schauen. Nichts beweist mehr die Sieghaftigkeit unserer Idee als diese Entwicklung im Spätkapitalismus. Die Taktik der Partei sei die richtige, der Nationalismus von der Regierung fernzuhalten und ihn an seiner eigenen Unfähigkeit sich zermürben zu lassen. Feuer und Jugendschwung herrschen heute wie vor sechzig Jahren in der Partei: wenn die Stunde schlägt, sind wir da! Es ist die Schwäche unserer Gegner, daß sie nicht begreifen wollen, daß der Sozialismus kein Wunschtraum mehr ist, sondern schon Wachstumsprozeß!

## Blindenhilfe.

Im Admiralspalast, Friedrichstraße, hatten sich Künstler von Rang und Namen zu einem Wohltätigkeitskonzert zusammengetan, dessen Ertrag dem Allgemeinen Blindenverein zugedacht ist. Ein vielseitiges, wirklich gutes Programm wurde dem leider spärlich erschienenen Publikum geboten. Mit schöner Empfindung sprach Alwin Neuf den Prolog, der in eindrucksvollen Worten gebot, daß Licht und Wärme vor allem dort zu spenden sei, wo das Dunkel am stärksten; dann sang Neuf Junior mit angenehmer Stimme „Zueignung“ von Strauß und den „Bajazzo“-Prolog. Einen ganz erlesenen Kunstgenuss boten die Harfenvorträge von Professor Saal von der Berliner Staatsoper und Hedwig Wangel las ein Kapitel Kriegsgeschichte von Remarque: mütterlich, anklagend, tiefergreifend. Schade, daß sie all der bitteren Wahrheit, die uns eingehämmert sein muß, in ihrer ganzen juchharen Trost, zum Schluß die Halleujah Chorale versetzte; wie der Herr es befiehlt! Flotte Jazz-Bandeleien mit led illustrierenden Tanzvorführungen beschloßen den menschlich-schönen Nachmittag.

Tierdressuren im Zirkus Busch. Im Zirkus Busch gibt es jetzt herrliche Tierdressuren zu sehen. Eine Augenweide sind die prächtigen Cippizaner, von Herrn Straßburger vorgeführt. Die graziose Gilly Feindt auf ihrem Schulpferd erntete viel Beifall. Sobech und Mc. Coy treten gleich mit einer ganzen Hundereue an. Entzückende Borer tragen ein Fußballmännchen aus und auch die Allerkleinsten dieser Vierfüßlertruppe vollbringen Glanzleistungen. Viel Schwing liegt in einem Jodelakt, den die 3 Reinsch mit alter Routine reiten. Weit über den Durchschnitt aller sonstiger artistischer Darbietungen geht das Linn-Lrio hinaus. Dieser „Akrobat im Kasten“ ist wirklich ein Wunderakrobat. 24 Araber bauen aus sich selbst Pyramiden und springen mit viel Gewandtheit und vielem Witz. Wilara hängt unter der Zirkustoppel und vollbringt am Red die unmöglichsten Waghalsigkeiten. Ebenfalls am Red, wenn auch in etwas sicherer Tiefe, produzieren sich Bohje und Sterling in eleganter Gymnastik. Die 5 Silaghi bringen ebenfalls neue Redtricks und Des Dheuers sind sehr gute Parterreaktoren.

Im Filmopalast Hammerstraße, Berlin, Kottbuser Str. 1-4, findet heute, 7 und 9 Uhr, die Berliner Uraufführung des Filmes: „Am Kampf mit dem Verbrechertum“ statt. Der Kriminalkommissar Gneibrecht wird verhaftet bis einleitenden Worte sprechen.

Die Spieltheater in Berlin spielen bei Kultur und Genuß eine wichtige Rolle und ist wohl als die Hauptursache der raschen Verbreitung eines Gruppe-Gedankens anzusehen. Es ist also wünschenswert, daß die Theaterwelt sich bemüht, die Zuschauer zu erheitern und die Wertschätzung des Theaters zu fördern. Dem antikeitenden Wundwörter zu beherrschen, um die im Wundwörter gehaltenen Reime in der Entwicklung zu hemmen und abzurufen. Je klarer eine Ober-Erklärung vorgetragen wird, desto sicherer wird eine Infektion durch Spieltheater vermieden.

# Funkwinkeln.

„Sprechstunde am Mikrophon“ heißt eine neue Veranstaltung des Berliner Senders. Interessante Fragen des täglichen Lebens, die aus dem Hörerkreis an die Funkstunde gerichtet werden, kommen zur Diskussion. Politik und wirtschaftspolitische Themen sind ausgeschlossen. Wie sich diese Einrichtung bewahren wird, hängt von der Auswahl ab, die die Sendeleitung trifft. Der erste Versuch wirkte ermutigend. Doppeldienere, Abendkurse, Klausuren wurden unter anderem behandelt. Selbstverständlich kann niemand eine genaue Abhandlung erwarten. Nur eine knappe Skizzierung und Verantwortung ist möglich. Immerhin kann dadurch ein interessanter Fragenkomplex berührt und zur Diskussion gestellt werden. Der Interwiewer ist Alfred Braun. Hans Herbert Ber spricht über „Theater hinter Mauern“. Gemeint ist damit die Vereinigung engagierter Schauspieler, die in Krankenhäusern, Erziehungsanstalten, Zuchthäusern und Gefängnissen Vorstellungen gibt. Ber spricht über seine Eindrücke, besonders über die in Strafanstalten. Er betont die kulturelle und soziale Bedeutung der Aufführungen, und es wäre zu wünschen, daß der Wirkungsbereich dieser Vereinigung erweitert werden könnte, vor allem in den Strafanstalten, denn Ber weist nach, daß die Tatsache der Aufführungen für die Gefangenen ein lebensbestärkendes Element bedeutet, ein Aufstrich aus der Betschle. In der Chorstunde singt der Gemischte Chor Adlershof unter Ludwig Belliger Volkslieder verschiedener Nationen. Ein schönes Konzert. Belliger stellt keine Zeitung hauptsächlich auf ein hartes Akzentuieren des Rhythmus ein. Wie bedeutend heute die Arbeiterportbewegung ist, zeigt unter anderem die Uebertragung der Skirennen aus der II. Arbeiter-Winterport-Olympiade auf den Berliner Sender. Der Sprecher berichtete von ausgezeichneten Resultaten.

F. Sch.



### Die Lungen der Weltstadt

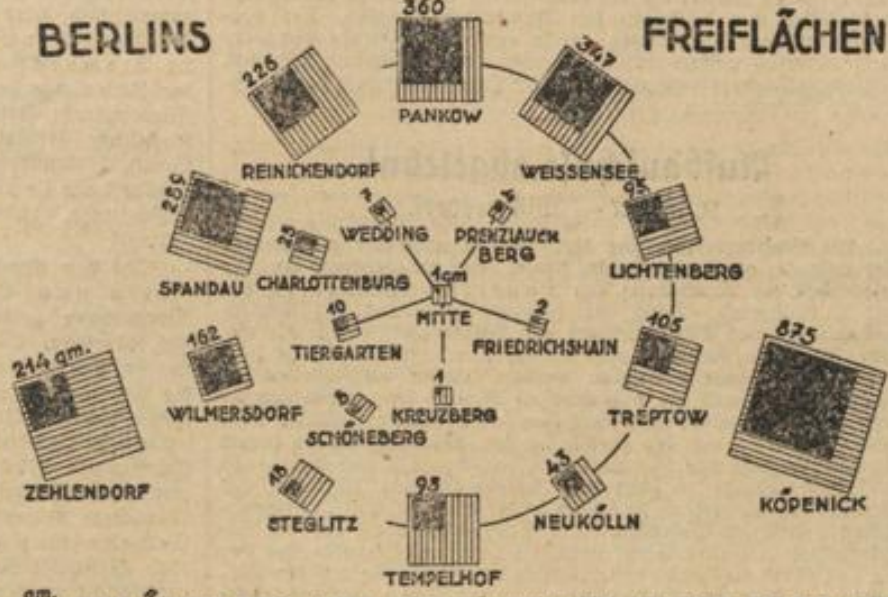
Grünflächen für alle — Das Verdienst der Sozialdemokratie

Berlin, die Stadt der Arbeit, hat unter sozialdemokratischem Einfluß mit ihren vielen hundert Grünflächen ihren Einwohnern einen gesunden Ausgleich für die ungünstigen Lebensverhältnisse des Großstadtbewohners zu schaffen versucht. Deshalb sollen nach einem bereits früher aufgestellten Besiedlungsplan von dem Gesamtgebiet der Stadt Berlin in Größe von 88 450 ha nur 45 887 ha = 52 Proz. der Gesamtfläche Wohngebiet sein, während 42 563 ha = 48 Proz. auf unbewohntes Gebiet entfallen.

Von diesem unbewohnten Gebiet werden allein 32 309 ha in der Form von Freiflächen ausgewiesen, so daß nach völligem Ausbau des gegenwärtigen Berliner Gebietes etwa 33 qm auf den Kopf der Gesamtbevölkerung in Freiflächen einschließlich Dauerwäldern vorhanden sein werden. In städtischem Besitz befinden sich hieron zur Zeit rund 20 000 ha.

Die Alt-Berliner Bezirke sind naturgemäß am wenigsten an den Freiflächen beteiligt. Neben dem Bezirk Tiergarten mit 289 ha schneidet der Bezirk Wedding durch die vor ungefähr zwei Jahren erfolgte Freiflächenausweisung in der ehemaligen Jungfernheide mit rund 270 ha am günstigsten ab.

Von den Außenbezirken haben diejenigen, in welchen die Wälder und Rieselfelder liegen, den Vorrang. Vor allem



■ FREIFLÄCHEN PRO KOPF DER EINWOHNER IN DEN BEZIRKEN  
 ■■ GESAMTFLÄCHE DER BEZIRKE PRO KOPF DER EINWOHNER

Reinickendorf mit 3022 ha, Wilmersdorf mit 3163 ha, Spandau mit 3630 ha, Pankow mit 4085 ha und schließlich Köpenick mit 6783 ha. Auch an Wasserflächen ist Köpenick mit 1923 ha von insgesamt rund 5000 ha am meisten beteiligt.

### Kind und Presse.

Vor dem Berliner Lehrerverein sprach Professor Dr. Dörfel, der Direktor des Deutschen Instituts für Zeitungskunde an der Berliner Universität, über das viel umstrittene Thema „Kind und Presse“.

In unserer Zeit, die den Bruch vieler Traditionen erlebt, ist auch mit der Tradition der guten, alten Presse fast völlig gebrochen worden. Die leichte Erreichbarkeit — jedes Kind kann heute jede Zeitung auf der Straße kaufen und ist dadurch völlig der Kontrolle der Eltern entzogen — kennzeichnet die Zeitung von heute. Etwa im Alter von acht bis zwölf Jahren beginnt das Kind — angeregt durch Sensation und Sport — sich mit der Zeitung zu beschäftigen. Aber auch an vielen Schulen wird die Zeitung als Unterrichtsstoff verwendet. So können z. B. Nachrichten über ein Bergwerkunglück Anlaß sein, die Kinder über das Leben des Bergmanns aufzuklären. Der politische Teil wird oft im Staatsbürgerunterricht gebraucht. Ein Einwand vieler Eltern und Pädagogen gegen das Zeitunglesen der Kinder ist der angeblich schlechte Zeitungstil. Aber die Sprache der Zeitung ist auf jeden Fall lebendig, kurz und prägnant; ihren Schwächen gegenüber gilt immer noch das Wort Schopenhauers, daß auf einen schlechten Zeitungsschreiber zehn schlechte Gelehrten kommen. Die Gefahr der Zeitung für das Kind liegt auf anderem Gebiet, in der übertriebenen Sensation und besonders in der ausführlichen Schilderung von Kinder- und Jugenddelinquenzen. Mit gefühlvoller Hilfe hier etwas ändern zu wollen, hat seine großen Gefahren. Am besten kann der Vater selbst auf die Gestaltung der Presse Einfluß nehmen, denn die Zeitung ist immer so, wie der Leser sie haben will. Von dieser Seite kann die Besserung zwar nicht allein kommen, aber der Redner vertraute auf die Erziehung, indem er an die Lehrerschaft die Forderung richtete, eine Leserschaft zu erziehen, die wieder Qualität verlangt.

### „Eine Zigarette und ihre Folgen“.

Im Wintergarten nennt so der Sauberkünster Arcano seine Nummer, mit der die Zuschauer in fassungloses Staunen versetzt werden, wiewohl man annehmen dürfte, daß auf diesem Gebiet nichts Neues mehr produziert werden kann. Arcano widmet diese Auffassung glänzend. Die Lusttrapezkünstler Codonas sind noch einmal gewonnen worden und dann werden wir sie wohl nicht mehr wiedersehen, denn sie wollen in ihrer Heimat Mexiko bleiben. Jeder Abend ist für diese Künstler höchster Klasse ein großer Triumph. Den schweblichen Akrobaten drei Cressos gebührt gleichfalls höchstes Lob; die bewußte Langsamkeit ihrer Produktionen legt eine ungewöhnlich große Beherrschung des Körpers voraus, und was sie beginnen, landen sie mit absoluter Sicherheit. Sechs aus dem deutschen Erzgebirge stammende und aus einer Weberfamilie gebürtige Brüder bekommen es sogar fertig, in zwei ganz verschiedenen Nummern aufzutreten. Einmal starten sie als die sechs Köhler als schnelle und bewundernswerte Turner am dreifachen Red, wobei sie sich zwei durch III und Grottesco auszeichnen. Das zweite Mal sind sie durch Hinzunahme eines Fräuleins die sieben Kibidos, arbeiten nunmehr am Schlenkerbreit und führen vier Personen übereinander. Das Fräulein ist eine sehr gute Springerin. Kana Sisters und Dolinoff bringen endlich einmal wieder eine hübsche Tanznummer mit aparten Einzelheiten auf die Bretter. Es ist ein besonderer Genuß, den vier schönen Menschen zuzuschauen. Wenn der Zirkus in Varieté will, weiß man nicht, ob man dazu so sagen soll, aber die brillanten zwei Caroli Jockys, die zur Entfaltung ihres vollen künstlichen Glanzes zweifellos das Milieu des Zirkus brauchen, gefallen mit ihren kühnen und ganz hervorragenden Reiterkünsten auch hier.

### Schupo spielt Beethoven.

Konzert der Berliner Schupo in der Hochschule für Musik unter dem leuchtenden Dreigestirn: Beethoven, Wagner, Tschalkowsky. Das Vorspiel zu Wagners „Meistersingern“ leitete den Abend ein, in einer orchestralen Wiedergabe, wie man sie sich besser nicht wünschen kann; im B-Roll-Klavierkonzert Nr. 1 von Tschalkowsky brillierte der Solist des Abends, Professor Frederic Lamond, als Pianist von kaum erreichbarer Virtuosität der Technik und künstlerischer Interpretation. Eine Bravourleistung im edelsten Sinne des Wortes, die bei dem zahlreich erschienenen Publikum Stürme der Begeisterung hervorrief. Die prächtige Affinität des Orchesters unterstützte den Künstler im besten Sinne; ob und zu im Reggopiano wurde die Klavierstimme vom Orchester ein wenig stark gedeckt. Und dann Beethovens Fünfte in all ihrer zeitlosen Schönheit der Harmonie und Vitalität des Empfindens. Ein Extrakt dem prächtigen Zusammenpiel der ersten Geigen, den Hörnern und den Blechinstrumenten. Ein Gesamtab dem bestdisziplinierten Orchester und seinem feinstimmigen Führer Camillo Hildebrand. Der Abend brachte dann noch eine Uraufführung „Sommerabend“ von Burgstaller, eine nette Stimmungsmaterie, die aber natürlich inmitten dieser gewaltigen Musikdarbietungen allzusehr zur Falle ward. — Unter den Ehrengästen waren u. a. Reichspräsident Lobe, Staatsminister Seering, Polizeipräsident Orzesinski und auch Polizeikommandeur Helmannsberg.

Schranken zwischen Buch und Leser. Der Verfasser des Artikels über Volksbibliotheken, Genosse Nikowicz, in der Stadtbeilage des „Vorwärts“ vom 16. Januar 1931 bittet uns um Aufnahme der folgenden Zeilen: „Am möglichen Mißverständnis einer Stelle meines Buches entgegenzutreten, sei ergänzend bemerkt, daß der angegebene Satz von 3 Proz. Büchereibezugern in der Groß-Berliner Bevölkerung den tatsächlichen Verhältnissen nicht ganz gerecht wird. Berücksichtigt man auch die in einem großen Teil der Fälle anzunehmenden Mitleser (Familienmitglieder, Hausgenossen usw.), sowie Leser an anderen häßlichen Anstalten, die nicht eigentlich zu den Volksbibliotheken gehören (Schulbibliotheken, besondere Kinderschulen u. a.), so kann man auf das Doppelte bis Dreifache des angegebenen Satzes schließen. Von dieser Feststellung unberührt bleibt aber die Tatsache, daß die Berliner Volksbibliotheken (in anderen Fällen anzunehmen) nicht es auch nicht anders sein) dem gegenwärtigen Leserandrang schlecht gerüstet gegenüberstehen und nach ihrer technischen Leistungsmöglichkeit überhaupt bloß einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung versorgen können.“

## Ein Wort zum Verkehrsabbau

### Keine Personalentlassungen! — Neue Hetze der Deutschnationalen

Im gestrigen „Abend“ haben wir die von der Berliner Verkehrsgesellschaft geplanten neuen Verkehrseinschränkungen bekanntgegeben und dabei hervorgehoben, daß einem 22prozentigen Verkehrsrückgang eine nur 11prozentige Einschränkung des Betriebs gegenübersteht. Die neuen Einschränkungen sollen nach dem Willen der BVG nur da vorgenommen werden, wo ohne Schädigung der Interessen des fahrenden Publikums der Verkehr auch von Nachbarlinien oder durch die U-Bahn aufgenommen werden kann.

Die städtische Verkehrsgesellschaft befolgt dabei das gerade von den Rechtsparteien stets geforderte kaufmännische Prinzip, daß die Wirtschaftlichkeit gerade auch kommunaler Betriebe gewährleistet sein muß. Die Sozialdemokratie ist darüber hinaus stets dafür eingetreten, daß auch die Interessen der Bevölkerung gewahrt werden müßten — eine Erweiterung des Prinzips übrigens, die bei den Rechtsparteien stets vermißt wurde.

Der Deutschnationale „Lokal-Anzeiger“ kann es sich nicht verneinen, die Leitung der BVG erneut anzugreifen und es so darzustellen, als ob nur „sozialistische Kommunalpolitik“ für die Einschränkungen verantwortlich zu machen ist. Daß bei fast einer halben Million Erwerbsloser in Berlin der Berufsverkehr ganz außerordentlich zurückgehen muß, kann man in der Redaktion des „Lokal-Anzeigers“ ebenfalls begreifen, wie man die Tatsache zugeben will, daß auch der noch in Lohn und Brot stehende in seiner Lebenshaltung, also auch in der Benutzung der Verkehrsmittel, auflegen muß.

Der Zweck heißt die Mittel, denkt Hugenberg, und deshalb wärmen seine Leute im „Lokal-Anzeiger“ bereits viele Male widerlegte Märchen von der Verschwendungssucht der BVG auf. „Das Geld ist in phantastischen U-Bahn-Strecken, für unbrauchbare Schützenwagen verpulvert, die Bevölkerung muß jetzt alle Sünden sozialistischer Konsumpolitik büßen.“ So liest man im „Lokal-Anzeiger“. Man merkt die Absicht und wundert sich nicht mehr. Aber erstaunt muß man sein über totale Unverständlichkeit im Hause Hugenberg. Wir nehmen deshalb Anlaß, folgendes festzustellen:

### Wer ist denn der Verantwortliche?

Der verantwortliche Dezernent für den Außenbetrieb der BVG ist der deutschnationale Direktor Jangemeister, der die neuen Verkehrseinschränkungen verfügte. Das weiß man natürlich auch im „Lokal-Anzeiger“ und durch einen einfachen Anruf bei dem Parteianhänger hätten die Hugenberg-Redakteure sich über die Sachlage informieren können. Man unterließ es aber bemüht, um bei der geistig schwerfälligen Leserschaft des „Lokal-Anzeigers“ die Fiktion von der „sozialistischen Mißwirtschaft“ bei der BVG aufrechterhalten zu können.

Eine einfache Anfrage hätte auch die Gewißheit gebracht, daß die vom „Lokal-Anzeiger“ angeforderten neuen Personalentlassungen von niemandem in der BVG geplant sind.

Jangemeister hat aber auch als Baurat nicht geringen Anteil am Bau der „phantastischen U-Bahn-Strecken“, deren Notwendigkeit von den Deutschnationalen im Rathaus übrigens nie bestritten worden ist.

Die Schützenwagen zu bauen beschloß noch die alte Straßen-

bahn-Gesellschaft, lange bevor die BVG gegründet war und lange bevor Sozialdemokraten Einfluß auf ihre Verwaltung hatten. Es war der deutschnationale Direktor Lüdke, der als kaufmännischer Dezernent die finanzielle Verantwortung für den Bau hatte. An ihm hätte es gelegen, sich bei den sozialistischen technischen Direktor Pforsch die Gewißheit für das einwandfreie Funktionieren der Wagen zu schaffen, ehe er die Geldmittel dafür bewilligte bzw. sich im Aufsichtsrat dafür einsetzte. Das alles ist dem „Lokal-Anzeiger“ bestens bekannt. Aber, wo bliebe die Hetze, wollte er es eingestehen.

Die Wirtschaftskrise darf für die BVG nicht existieren, obwohl jeder den „Lokal-Anzeiger“ lesende Krämmer an seiner Ladentasse die Not der Massen spürt; die Schützenwagen sind Produkte „sozialistischer Mißwirtschaft“, obwohl an ihrer Konstruktion und an der Bestellung nie ein Sozialdemokrat mitwirkte! Aber trotzdem: Der Jude wird verbrannt!

### Das neue Heim des Arbeitsgerichts.

Länger als drei Jahre hat sich das Arbeitsgericht Berlin mit völlig unzureichenden Räumen in der Zimmerstraße und mit notdürftig hergerichteten Räumen in der Prinz-Albrecht-Straße behelfen müssen. Jetzt ist es endlich gelungen, dem Arbeitsgericht ein neues Heim zu schaffen. Ein Teil des Gebäudekomplexes in der Wilhelmstraße, der früher das ehemalige preussische Kriegsministerium beherbergte, wird voraussichtlich am 1. März das Arbeitsgericht aufnehmen. Es sind für diesen Zweck nicht etwa alte Räume notdürftig hergerichtet, sondern der betreffende Gebäudeteil ist im Innern vollständig umgebaut worden und hat ein durchaus modernes Ansehen erhalten. Davon konnte man sich überzeugen bei einer am Donnerstag unter der Führung des Arbeitsgerichtspräsidenten Dr. Döygen veranstalteten Besichtigung durch die Vertreter der Presse.

Durch den neugeschaffenen Haupteingang in der Wilhelmstraße betritt man eine geräumige Vorhalle. Die bequeme breite, vom hellen Tageslicht überflutete Haupttreppe führt durch drei Geschosse, von denen jedes, um dem Publikum eine bessere Orientierung zu ermöglichen, in einer besonderen Farbe gehalten ist. Für das Publikum, das sich in der Zimmerstraße in schmalen, halbdunklen Korridoren herumdrücken muß, sind im neuen Gebäude eine Anzahl heller, freundlicher Warteplätze geschaffen. Selbstverständlich entsprechen auch die Verhandlungssäle den Anforderungen, die man an ein modernes Gerichtsgebäude zu stellen berechtigt ist. Es sind auch Zimmer für die Prozessvertreter und für die Presse bereit, und in einem Erklärungsraum wird man gelegentlich eine kleine Stärkung zu sich nehmen können.

Eine zwar nebenfällige, aber dem demokratischen Geist Rechnung tragende Neuerung: Der Vorsitzende der Kammer thront nicht mehr, wie es sonst bei allen Gerichten üblich ist, auf einem durch eine hohe Lehne ausgezeichneten „Präsidentenstuhl“, sondern seine Sitzgelegenheit unterscheidet sich nicht von denen der Beisitzer.

Leider war es noch nicht möglich, das ganze Arbeitsgericht in dem neuen Hause unterzubringen. Etwa ein Drittel der Kammer nebst den zugehörigen Büroräumen muß einstweilen noch in der Zimmerstraße bleiben, bis in der Wilhelmstraße die benötigten Räume, die noch von Reichsbehörden und als Beamtenwohnungen benutzt werden, frei gemacht werden können. Hoffen wir, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr fern ist.



# Aus der Arbeit der Bezirke.

## Der Verkehr in der Müllerstraße.

3. Bezirk — Wedding.

Die im Januar vertagte Versammlung nahm heute ihren Fortgang. Sie hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Der am 20. Januar 1930 im Bezirksamt infolge Betriebsunfalls erfolgte Tod eines Angestellten führte zu einer Anfrage über die Schuldfrage. Bürgermeister Genosse Leid konnte an Hand der behördlichen Erhebungen die Mitteilung machen, daß das Bezirksamt keine Schuld an dem bedauerlichen Vorfall trifft. Für die Hinterbliebenen des Verunglückten würde das Bezirksamt nach Kräften sorgen. Ein Antrag, Verkehrsschwierigkeiten an der Müller-Eda-Straße betreffend, führte zu einer Aussprache, an der sich alle Parteien beteiligten und verlangten, daß durch Inangriffnahme notwendiger Arbeiten Arbeitsgelegenheit geschaffen werden soll. Unser Genosse Ulich konnte der A.B.D. den Beweis bringen, daß gerade die Kommunisten es sind, die die Inangriffnahme aller Bauten, die Tausenden Arbeitsgelegenheit bieten, wieder abgelehnt haben, so den Bau des Mittellandkanals, des Kraftwerkes West usw. Ein Antrag, der sich mit Fürsorgemaßnahmen für Unterstützungsempfänger befaßt, ging wegen Unzuständigkeit an die Stadtverordnetenversammlung.

## Sachliche Arbeitsleistung erzwungen!

5. Bezirk — Friedrichshain.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde als neues Mitglied in die Bezirksversammlung der Genosse Winkelmann durch den Vorsitzenden, Genossen Böbling, eingeführt und verpflichtet. Zur Aufklärung der Tagesordnung hatten die Kommunisten eine ganze Reihe neuer Anfragen und Anträge eingebracht, selbst die schon erfolgte Haftentlassung Piscators wurde auf dem Umweg über den Bezirk Friedrichshain beantragt. Ein Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, der zur Sicherung der ärztlichen Betreuung der Unterstützungsempfänger dringend die Rückgängigmachung der vom Magistrat abgelehnten Einrichtung von drei Medizinalbezirken fordert, wird einstimmig angenommen. Die Vorgänge in der letzten Bezirksversammlung nahmen die Kommunisten zum Anlaß, eine Dringlichkeitsanfrage über Ausführungen des Genossen Stadtrat Klodi zu stellen. Der Vorsitzende, Genosse Böbling, lehnte die Verlesung des kommunistischen Schriftstückes ab, da keine Anfrage, sondern eine Erklärung vorliege. Geschäftswortführer verweigerte der Kommunist Bänich die Erklärung dennoch zur Verlesung zu bringen. Da Bänich trotz der Ermahnungen des Vorsitzenden in der Verlesung fortfuhr und auch die Wortentziehung den Redeschwall der Kommunisten nicht zu unterbrechen vermochte, verhängte der Vorsitzende über Bänich den Ausschluß von der Sitzung. Wie üblich, mußte Bänich durch die Polizei entfernt werden. Das war das Signal für die kommunistische Fraktion, einen ungeheuren Spektakel zu veranstalten. Auch nach Wiedereröffnung der Sitzung zeigte der gemischte Chor der kommunistischen Fraktion durch Vortrag eines Votums über Bänich, die Versammlung Verhandlungsunfähig zu machen. Die Versammlung beschloß darauf den Ausschluß der gesamten kommunistischen Fraktion. Bei der Ausweisung der Kommunisten spielten sich wiederum turbulente Szenen ab. Den mit aller Hässlichkeit vorgehenden Polizeibeamten ist es zu danken, daß die kommunistischen Provokationen keine Tötlichkeiten zur Folge hatten. Nach der Entfernung der Kommunisten war die Ruhe wieder hergestellt und die Versammlung konnte nunmehr fruchtbringende Arbeit leisten. Eine An-

zahl Vorlagen des Bezirksamtes wurden zur Kenntnis genommen. In der Fortsetzung der Aussprache über den Mißbrauch der Wohlfahrtsplätze durch kommunistische Ehrenbeamte in einer Wohlfahrtskommission machte der Genosse Marsus noch weitere detaillierte Angaben, die restlos von dem zuständigen Stadtrat, Genossen Klodi, bestätigt wurden. Die Angelegenheit selbst wurde einem Ausschuß zur weiteren Prüfung übertragen. Von besonderer Wichtigkeit war die Beantwortung einer Anfrage über die Verbreiterung des Bürgersteiges in der Frankfurter Allee durch den Genossen Stadtrat Bräuner. Die Frankfurter Allee, die eine der wichtigsten und verkehrsreichsten Ausfallstraßen Berlins ist, hat zwischen den Buschstraßen eine Straßenbreite von 38 bis 48 Meter. Auf dieser Gesamtbreite mußten ein besonderer Straßenbahnkörper, zwei Fahrbahnen und zwei Bürgersteige untergebracht werden. Der Straßenbahnkörper ist in einer Breite von 8,40 Meter angelegt und die Fahrbahnen in je 8 Meter Breite. Größere Ausmaße können den Fahrbahnen schon aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht gegeben werden. Für die Bürgersteige verbleiben somit Breiten von 7 bis 12 Meter, die bei dem starken Verkehr in der Frankfurter Allee nur bescheiden den Ansprüchen genügen. Der projektierte gemehrte Radfahrweg, der in einer Ausfallstraße besonders verkehrsfördernd wirken würde, soll nicht zur Ausführung gelangen. Mit einem Tagesordnungsrest von vier Punkten vertagte sich schließlich die Versammlung.

## Aufbauschule abgelehnt.

9. Bezirk — Wilmerdorf.

Die Bezirksversammlung hielt kürzlich noch eine ausgedehnte Arbeitssitzung ab. Einen breiten Raum nahm die Beratung der Angelegenheit der Ausweisung von Dauerkleingärten im Bezirk in Anspruch. Durch die geplante Bebauung des Gartenlandes zwischen Schmargendorf und Wilmerdorf besteht die Gefahr, daß viele Hunderte von Kleingärtnern von der ihnen zugehörigen Scholle vertrieben werden. Leider verbielen es die Zeitverhältnisse und die wirtschaftliche Notlage der Stadt, irgendwelches Privatgelände zu diesen Zwecken anzukaufen. Daher muß versucht werden, auf die Bestattung des Bebauungsplanes derart einzuwirken, daß eine Randbebauung mit möglichst viel Grün- und Kleingartengelände zwischen den Randbauten den Wünschen der Besiedler weitgehend Rechnung trägt. Die von den Sozialdemokraten beantragte Einsetzung eines Sonderausschusses, der die Angelegenheit in diesem Sinne vorwärts treiben soll, wurde von den bürgerlichen Parteien, denen es wohl mehr auf die Begehung der spekultativen Interessen ankommt, abgelehnt. Hoffentlich ist die Zentrale einschärfer und trägt bei der — anscheinend unvermeidlichen — Bebauung des umfangreichen Geländes den Forderungen der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge besser Rechnung — als die bürgerliche Mehrheit der Wilmerdorfer Bezirksversammlung. — Die kommunistischen Anfragen wegen der Verlesung der in der Arbeitsfürsorge beschäftigten Wohlfahrtsamtsbeamten wurden durch die Beschuldigung des Bezirksamtes und durch die Hinweise auf die diesbezüglichen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung erledigt. — Der sozialdemokratische Antrag, der die Errichtung einer Aufbauschule im Bezirk fordert — durch die beantragte Umwandlung einer der vielen höheren Schulen entstehen nur geringfügige Kosten —, fand nicht die Billigung der Reichsparteien; das ist begreiflich, da durch diese Maßnahme vielen Jungen und Mädels aus den wirtschaftlich schwachen Schichten der Bevölkerung auch noch nach siebenjährigem Besuch der Volksschule die Möglichkeit einer erweiterten und vertieften Bildung und damit der Eingang zu den

gehobenen Stufen des Wirtschaftstehens gebietet wird. — Wir werden uns durch diese volksbildungsfeindliche Einstellung nicht entzweigen lassen und den ungehinderten vorzeitigen Umzug zu den höheren Schulen weiterhin bekämpfen, sowie für die Erschließung aller Bildungsquellen für alle Volksschichten bis zum Siege streiten.

## 6555 Straßen in Berlin.

21 Bismarckstraßen und 13 Kaiser-Wilhelm-Straßen.

Im Jahre 1883 gab es in Berlin 699 mit Namen bezahlte Straßen und Plätze und eine Straße ohne Namen, eine kurze Verbindungsstraße zwischen der Niedertagstraße und dem Schinkelplatz. Die Zahl der Straßen ist heute auf etwa das Zehnfache angewachsen; wir haben in Berlin 6555 mit Namen bezeichnete Straßen und Plätze und zahlreiche Straßen, die zu ihrer Kennzeichnung einstweilen Zahlen tragen. Trotz dieser Entwicklung ist aber die kleine, unbedeutende Straße im Zentrum Berlins noch immer ohne Namen geblieben! Unter diesen vielen Straßenamen kommen vier über zwanzigmal vor, 18 Straßenamen sind über zehnmal bezeichnet. Den Rekord schlagen 23 „Berliner Straßen“, es folgen 22 Bahnhofsstraßen, 21 Bismarckstraßen und 20 Wilhelmstraßen. Nach der Reihenfolge der Häufigkeit sind dann weiter zu nennen die Friedrichstraße (18mal), Parkstraße und Viktoriastraße (je 17mal), Kirchstraße (16mal), Hauptstraße, Kolkestraße, Waldstraße (je 15mal), Lindenstraße (14mal), Goethestraße, Kaiser-Wilhelm-Straße, Schillerstraße (je 13mal), Gartenstraße, Kaiserstraße, Kurze Straße, Lessingstraße, Lützenstraße, Schulstraße (je 12mal), Kartstraße (11mal).

Auf den Straßen Berlins verkehren 89 Straßenbahnlinien und 45 Autobuslinien. Das Liniennetz der Straßenbahn umfaßt 644 Kilometer, das der Autobusse 346 Kilometer. Die Strecken, die von mehreren Linien befahren werden, sind in diesen Summen nur einmal gezählt. Wenn man die Strecken zusammenrechnet, die jede einzelne Linie zurücklegt, kommt man auf 1650 Kilometer bei der Straßenbahn und 441 Kilometer beim Autobus. Im Jahre 1929 legten die Wagen der Berliner Straßenbahn 177 943 886 Kilometer (1928: 170 078 402 Kilometer) zurück; die Autobusse bewältigten 1929 41 796 529 Kilometer (1928: 37 507 247 Kilometer). Unter den Berliner Straßen liegt ein U-Bahn-Netz von 81 Streckenkilometern, auf dem 1929 57 876 948 Kilometer (53 368 379 Kilometer im Jahre 1928) zurückgelegt wurden.

Die Berliner Gartenämter betreuen 478 250 Straßenbäume, eine gewaltige Zahl. Was besagt sie aber für einen so gewaltigen Körper, wie Berlin es ist; denn auf je zehn Einwohner entfällt erst ein Straßenbaum! Im Durchschnitt müßten jedoch in jeder Straße 72 Bäume zu finden sein. Die Zahl wird verständlich, wenn man an die langen Ausfallstraßen und an die Verbindungsstraßen in den Außenbezirken denkt, deren jede von Hunderten von Bäumen eingefast ist!

Kirchenaustritt. Am Freitag, dem 6. Februar, abends von 6-8 Uhr, veranstaltet die Freireligiöse Gemeinde Berlin in der Pappelallee 15 einen Kirchenaustrittsabend. Gegen eine Gebühr von 2 M. und Vorlegung von Legitimationspapieren kann der Austritt vollzogen werden. Die Kirchensteuerpflicht erlischt mit dem 30. Juni 1931.

**Karstadt's Weiße Wochen beherrschten Groß-Berlin durch niedrige Preise!**

BESSER ESSEN • WENIGER DAFÜR AUSGEBEN DURCH KARSTADT-LEBENSMITTEL				
WEINE U. SPIRITUOSEN	KONFITUREN	KOLONIALWAREN	DELIKATESSEN	KONSERVEN
Weißwein ... 10 Ltr. 8.50 Ltr. 1.00	Burgm.-Pral. ... 400-gr-Pack. 0.90	Burma-Reis ... Pfd. 0.20	Olssardinen ..... 5 Dosen 0.95	Jg. Karotten gesch. 1/2 Ds. 0.27
Oppenheim. 10 Ltr. 13.50 Ltr. 1.40	Burgm. Vollm.-Nuß-Krok 100 gr 0.25	Moulmain-Reis. . . Pfd. 0.28	Makrelen, Cl., ca. 500 gr Ds. 1.25	Jg. Kohlrabi ..... 1/2 Ds. 0.42
Unif. Sp. Rotw. 10 Ltr. 9.50 Ltr. 1.00	Burgm. Nuß-Block-Schok. 100 gr 0.25	Wien. Ausz.-Mehl 5 Pfd. 1.35	Vierpack in Gelee ... Ds. 1.10	Jg. Schnittbohnen .. 1/2 Ds. 0.38
Tarragona .. 10 Ltr. 10.00 Ltr. 1.05	Burgm. Schok.-Pulv. ... Pfd. 1.00	Weiß Bohnen an Pfd. 0.18	Filetlinge in Öl, 500 gr. Ds. 1.30	Gemüse-Erbsen .... 1/2 Ds. 0.54
Samos ..... 10 Ltr. 10.50 Ltr. 1.10	Burgm.-Kakao ..... Pfd. 1.00	Vikt.-Erbsen .. an Pfd. 0.18	Brat-u. Bismarcker. Ltr. Ds. 0.78	Junge Erbsen ..... 1/2 Ds. 0.54
Muskat ..... 10 Ltr. 10.50 Ltr. 1.10	Haushalt-Kakao ..... Pfd. 0.52	Hartweizengriß Pfd. 0.28	Würstchen ..... 5 Paar Ds. 0.88	Jg. Erbsen mittelfein . 1/2 Ds. 0.68
Malaga ..... 10 Ltr. 11.50 Ltr. 1.20	Malzbonbon ..... Pfd. 0.50	Bandnudeln ..... Pfd. 0.36	Anchovis im Glas .... Glas 0.45	Gemischtes Gemüse 1/2 Ds. 0.79
Douro Portw. 10 Ltr. 17.50 Ltr. 1.80	Brustkaramellen ..... Pfd. 0.50	Elerschnittnudeln Pfd. 0.48	Gewürzgerken ..... Ds. 0.60	Prinzeßbohne. mittelf. 1/2 Ds. 0.80
Johannisbeerw. 10 Ltr. 7.00 Ltr. 0.75	Gef. Schok.-Plättchen Pfd. 0.80	Mischobst ..... an Pfd. 0.40	la ital. Salat ..... 1/2 Pfd. 0.55	Brechsparg. extra stark 1/2 Ds. 2.85
Montagne (Rotw.) ... m. Fl. 0.95	Kokosflocken m. Schok. Pfd. 0.80	Aprikosen ... an Pfd. 0.58	Heringssalat m. May. 1/2 Pfd. 0.45	Stangenspargel 50/60 1/2 Ds. 1.90
29er Siebeldinger .. m. Fl. 1.10	Nuß-Pralinen-Misch. Pfd. 1.00	Pfirsiche ..... an Pfd. 0.80	Mayonnaise ..... 1/2 Pfd. 0.50	Stachelbeeren ..... 1/2 Ds. 0.75
29er Hambacher. Galg. m. Fl. 1.10	Kokosmakronen ..... Pfd. 1.00	Pflaumen ..... an Pfd. 0.28	Fettbucklinge ..... an Pfd. 0.28	Heidelbeeren ..... 1/2 Ds. 0.85
29er Oppenheimer m. Fl. 1.40	Herrnkringel ..... Pfd. 1.00	Sultaninen ... an Pfd. 0.48	Spöttchen Kistchen ca. 1 Pfd. 0.40	Gem. Früchte ..... 1/2 Ds. 1.05
28er Zeller schw. Katz m. Fl. 1.85	Baumkuchenspitzen. Pfd. 1.60	Kaffee frisch ger. an Pfd. 1.90	Seelachs, geräuchert. Pfd. 0.42	Pfirsiche 1/2 Frucht ..... 1/2 Ds. 1.85
Rein. Weinbrand Ltr. m. Fl. 4.80				Birnen ..... 1/2 Ds. 1.20
Rum-Verschnitt ..... m. Fl. 3.50				Apf.-Himb.-Marm., ca. 2 Pfd.-Eim. 1.20
Alter Korn ..... 1 Ltr. m. Fl. 3.75				Pflaumen-Marm. ... ca. 2 Pfd.-Eim. 1.00
Obstschaumwein m. St. Fl. 1.25 1.00				Aprik.-Konf., ca. 1 Pfd.-Glas 0.50
Liköre versch. Sorten . m. Fl. 2.95				Apfel-Gelee ca. 1 Pfd.-Glas 0.50
KARSTADT-LEBENSMITTEL				
BUTTER UND KÄSE	GEFLÜGEL U. WILD	FRISCHE FISCHES	OBST UND GEMÜSE	WURSTWAREN
Molkereibutter ..... Pfd. 1.50	Suppenhühner .... an Pfd. 0.92	Schellfisch m. K. im Gz. Pf. 0.24	Apfelsinen ..... 4 Pfd. 0.85	Fr. Blut- u. Leberwurst Pfd. 0.65
Tafelbutter ..... Pfd. 1.84, 1.58	Wolghahühner .... an Pfd. 0.92	Kabeljau o. Kopf. im Gz. Pfd. 0.20	Blutapfelsinen .... 4 Pfd. 0.95	Speckwurst ..... Pfd. 0.78
Dänische Butter ..... Pfd. 1.74	Poulets ..... an Pfd. 0.98	Seelachs o. Kopf, im Gz. Pfd. 0.20	Jaffa-Apfelsinen ... 3 Pfd. 0.90	Fleischwurst ..... Pfd. 0.88
Bratenschmalz ... Pfd. 0.70, 0.82	Enten ..... an Pfd. 0.90	Fischfilet ..... Pfd. 0.34	Mandarinen ..... Pfd. 0.32	Haush. Leberwurst ... Pfd. 0.88
Margarine ..... Pfd. 0.40	Mast-Puten ..... an Pfd. 0.95	Grüne Heringe ..... 5 Pfd. 0.68	Bananen ..... 3 Pfd. 0.88	Feine Leberwurst ... Pfd. 1.25
Cocosfett ..... Pfd. 0.40	Frische Gänse ..... an Pfd. 0.90	Lebende Plötzen .. Pfd. an 0.40	Kochäpfel ..... Pfd. 0.32	Dampfwurst ..... Pfd. 0.88, 0.83
Finn. Schweizer ..... Pfd. 1.18	Hirschkeule ..... an Pfd. 1.15	Matjesheringe .... 2 Stck. 0.25	Zitronen ..... Dtd. an 0.30	Wiener Würstchen ... Pfd. 1.08
Dän. Schweizer 30% Pfd. 0.82	Hirschrücken ..... an Pfd. 0.95		Blumenkohl ..... Kopf an 0.25	Berliner Moltwurst ... Pfd. 0.98
Tilsiter Käse vollfett .. Pfd. 0.88	Rehkeule ..... Pfd. 1.80		Rosenkohl ..... 2 Pfd. 0.45	Schinkenpolnische ... Pfd. 1.10
Briekäse vollfett ..... Pfd. 0.86	Rehblatt ..... an Pfd. 1.08		Sellerie, gewaschen . 4 Pfd. 0.20	Streichmettwurst .... Pfd. 1.08
Steinbuscher vollfett Pfd. 0.88	Wildschweinkeule an Pfd. 1.10		Zwiebeln ..... 4 Pfd. 0.20	Cervelatw.-Salami ... Pfd. 1.40
Camembert vollf. Schd. 0.28, 0.18	Hasen gestr., ausgew. an Pfd. 0.78		Rot- u. Weißkohl .... Pfd. 0.06	Teewurst, fein und grob, Pfd. 1.50
Harzer Käse .... Pfd.-Pak. 0.36				Schweinebacken ger. Pfd. 0.78
Prima russ. Eier ... 10 Stück 0.85				Speck fett ..... Pfd. 0.82
Frische Trinkeier . 10 Stück 1.10				Speck mager ..... Pfd. 1.12
	Leichtverdauliche Ware ist vom Versand ausgeschlossen - Zusendung nur bei Bestellung von Mk. 5.00 an			
		Unsere Frisch-Fleischabteilung führt hochwertige Qualitäten zu billigsten Tagespreisen		
		Gänse gefroren an Pfd. 0.76		
			Karstadt's Kinder-Kaffee-Klatsch Jeden Mittwochnachmittag im Spätsaal 3. Stock	
BESSER ESSEN • WENIGER DAFÜR AUSGEBEN DURCH KARSTADT-LEBENSMITTEL				



# Der Kampf um Arbeit und Brot.

## Hörnings „Kriegs“plan. — Frieden und Sieg der Republik.

Deutschlands republikanische Verfassung ist heute von den Nationalsozialisten bedroht; gleichzeitig herrscht in Deutschland die schwerste Wirtschaftskrise, und Millionen sind ohne Arbeit. Genosse Hörning, der als Führer des Reichsbanners den Ehrennamen „Trommler der Republik“ trägt, hat richtig erkannt, daß zwischen der wirtschaftlichen Not Deutschlands und den Gefahren für die Republik ein Zusammenhang besteht, und er hat den richtigen Gedanken ausgesprochen, daß mit der Flottmachung der stillgelegten Hirne, Hände und Werke auch die weitgehende Stilllegung des politischen Radikalismus gelingen müsse. Schon seit Jahren stellt er die Forderung auf:

### Brot gegen zerstörerische Demagogie!

Was Hörning im einzelnen will, ist jetzt in einer Broschüre von Curius „Otto Hörnings Kriegsplan zur Niederrückung der Arbeitslosigkeit“ (Heros-Verlag, Berlin-Schmargendorf) zusammengefaßt und begründet worden. In der für die breiteste Leserschaft bestimmten Schrift wird die nationale Tat eines ausführbaren Kriegsplans zur Niederrückung der Arbeitslosigkeit und damit zugleich des politischen Irrwahns in Deutschland verlangt. Man dünne nicht auf eine der Wirtschaftskrise folgende Konjunktur warten. Die Berufung auf die Weltwirtschaftskrise sei vielfach nur eine Entschuldigung für das Nichtstun. Die Hoffnung auf Kaiser und Diktatoren, das Verlangen nach Kolonien, allgemeiner Wehrpflicht oder Arbeitsdienstpflicht sind Illusionen, die nichts helfen. Hörning fragt, wie beschaffen ist Arbeit, damit Brot und damit zugleich Zufriedenheit und Bestimmung. Diesem Ziele dient sein Kriegsplan, dessen Forderungen wir aufzählen:

- Verlängerung der Schulzeit um ein Berufsjahr;
- Kontrolle von Mechanisierung und Stilllegungen;
- Verkürzung der Arbeitszeit (42-Stunden-Woche, Ueberstundenverbot);
- Erwerbverbot für Pensionäre und Beamte (mit Ausnahmen für Notfälle);
- Verbot der Beschäftigung von Ausländern;
- Herabsetzung der Syndikatspreise;
- gesetzliche Festlegung angemessener Höchstzinsen einschließlich der Spesen;
- ausreichende Preise für landwirtschaftliche Produkte ohne Verteuerung für die Konsumenten;
- Ausbau künstlicher in Deutschland vorhandener Wasserkraft, neue Dampfkraftwerke zur Umstellung der ganzen Wärmewirtschaft auf Elektrizität;
- Volle Elektrifizierung der Reichsbahn;
- Auflösung der freierwerbenden Kohle zu Treibstoffen und volle Selbstversorgung Deutschlands;
- starke Senkung der Reichsbahnfahrpreise — öffentliches Verkehrsmonopol;
- Umforstung der Wälder von guten Bodentypen auf die schlechten — der gute Boden für Siedlung;
- grundsätzliches Verbot des Behauens der ersten bis vierten Bodenkasse auch im Weidbild der Städte;
- Wiederherstellung des entwerteten Bodens (Kipp-, Schlacken- und Schuttflächen);
- alle überflüssigen Kippplätze für Siedlungszwecke;
- die Hälfte der Grenzgebiete für Forsten und Siedlungen;
- Aufflutung der Moore und Deiländer.

### Dieses große Programm soll keine Patentlösung sein.

Hörning will das Bewußtsein der Notwendigkeit eines solchen Planes und die vollste Diskussion darüber erwecken. Das Programm soll von einem Direktorium für Arbeitsbeschaffung durchgeführt werden, das von der Reichsregierung beauftragt und ermächtigt wird. Die Finanzierung soll durch maßig verzinsten Inlandsanleihen für produktive Arbeitsbeschaffung erfolgen, für die bei Banken, Sparkassen, Versicherungsanstalten ein Anlegewang gelten soll. Bis das Kapital sich selbst verzinst, können die Zinsen von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aus den ersparten Beiträgen gezahlt werden.

Man sieht, Hörnings Plan hat zahlreiche Forderungen, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften selbst bereits erhoben worden sind. Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit, Verlängerung der Schulzeit, Unterbindung der Ausländerbeschäftigung, Einschränkung der Doppel- und Nebenarbeit, Senkung der Kartellpreise, Sicherung vernünftiger Preise für die Landwirtschaft, Senkung der Reichsbahnfahrpreise, Ausbau des öffentlichen Verkehrsmonopols, rückständige Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung, Durchführung öffentlicher Arbeiten im größtmöglichen Maßstab gibt es in der organisierten Arbeiterschaft keinen Streit. Höchstens Differenzen über die zweckmäßigste Durchführung. Die Erfahrung lehrt aber alle Tage, daß die Durchführung jeder einzelnen dieser Maßnahmen Macht- und Kapitalfragen sind, die nur gelöst werden können, wenn die Machtmittel ausreichen und die Finanzierung gesichert ist. In allen diesen Fragen, von denen allein schon die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit die größte materielle und moralische Entlastung für das Heer der Arbeitslosen bringen würde, besteht grundsätzliches Einverständnis zwischen der organisierten Arbeiterschaft und Hörning.

### Notwendige praktische Bedenken.

Alle Wirtschaftsprogramme müssen aber auf dem Boden der Wirklichkeit und der finanziellen Durchführbarkeit bleiben, wenn sie nicht Illusionen erwecken wollen, deren Förderung die organisierte Arbeiterschaft und die verantwortungsbewußten Republikaner den Nationalsozialisten und Kommunisten überlassen müssen. Wir haben uns ausgerechnet, daß allein der Ausbau und die Verteilung der in Deutschland noch ungenutzten fünf Millionen Kilowatt Wasserkraft nach dem auf der letzten Weltkraftkonferenz angenommenen Berechnungsgrundlagen acht Milliarden Mark kosten würden, daß die Vollektrifizierung der Reichsbahn mindestens eine Summe von zwölf Milliarden Mark beansprucht und daß für den vollen Einsatz aller aus dem Zustande bezogenen Treibstoffe durch Kohleerzeugung kaum mehr als drei Millionen Tonnen Steinkohle erforderlich wären, während die Umstellungen wesentlich mehr Kohle beim Verbrauch entziehen würden. Es handelt sich also um Summen, die im Inland unmöglich aufzubringen und auch vom Ausland in Jahren kaum zu beschaffen sind, die hier aufzuwenden wären.

Selbst wenn aber, wie wir glauben, Hörning diese gewaltigen Umstellungen nur auf lange Sicht vorgenommen haben will, dann wäre die weiter aufgestellte Forderung Hörnings überhaupt nicht durchzuführen, die Zinslast in Deutschland zu senken. 20 Milliarden Mark wären auch für zehn Jahre so viel, daß die Zinslast in Deutschland und in der Welt steigen müssen. Richtig ist freilich die in der Broschüre von Curius ausgesprochene Forderung, daß die Zinspanne, d. h. die von den Banken für ihre Arbeit verlangte Differenz zwischen gewährten und genommenen Zinsen, herabgedrückt werden muß. Aber in diesem Falle wäre mit gesetzlichen Maßnahmen nicht sehr viel anzufangen.

### Hörning hat recht damit, daß er die bäuerliche Siedlung mit aller Macht gefördert sehen will.

und er setzt sich auch mit seinem Ruf „Mehr Land“, dem die letzte Gruppe seiner Forderungen gilt, und mit dem er der Verschwendung von gutem Boden in Deutschland begegnen will, mit der Hauptforderung jeder vernünftigen Agrarpolitik nicht in Gegensatz, daß die deutsche Landwirtschaft besser und wirksamer geführt werden müßte als es heute geschieht. Ganz zweifellos kann die steigende Kaufkraft der Landwirtschaft ein wirksames Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit sein. Aber auch hier gilt, daß die vorgeschlagenen Mittel zu einem größeren wirtschaftlichen Erfolge führen müssen als der bisherige Zustand.

Bei der Umforstung der Wälder aber würde mit Sicherheit das heute schon bestehende große Holzangebot in der Welt auf Jahre hinaus noch verstärkt werden, die Umforstung würde erst in 70 bis 80 Jahren neuen Ertrag bringen, und für die Erzielung der ersten ausreichenden Erträge aus dem urbar gemachten Waldboden würde sehr viel neues Kapital für Düngung und Siedlung erforderlich sein. Auf der anderen Seite kann billiger Boden in Deutschland heute noch in Massen siedlungsfähig gemacht werden, sobald nur die Nachfrage im Kampf mit dem Großagrarierum entschieden wäre. Es ist ferner zu beachten, daß eine Vernachlässigung der Verkehrs- und Standortgesichtspunkte der Städteplanung in keinem Verhältnis stehen würde zu dem volkswirtschaftlichen Gewinn, den ein Bebauungsverbot guter Böden im Weidbild der Städte jemals bringen könnte, und endlich kostet die Beseitigung beispielsweise der Braunkohlen-, Kuppen- und Schlackenflächen erfahrungsgemäß das Vielfache des Wertes, den das so darunter liegende Land als landwirtschaftlicher Boden jemals haben kann.

## Der Stahlruß in der Krise.

### Belegschaften sollen für falsche Politik büßen.

Der rheinisch-westfälische Stahlruß, die Vereinigte Stahlwerke A. G. in Düsseldorf, veröffentlicht jetzt den Geschäftsabschluss für das am 30. September beendete Betriebsjahr 1929/30. Mit dem im Oktober herausgegebenen Quartalsausweis für die Zeit vom Juli bis September lag bereits ein genaues Bild über die Einwirkungen der Krise bei diesem größten deutschen Konzernunternehmen vor. Danach ist der Gesamtumsatz des Stahlrußes an Fremde, also ohne die eigenen Konzernumsätze, im Berichtsjahr von 1,44 auf 1,25 Milliarden Mark zurückgegangen. Hierbei ist der Umsatz im Inlande um 15 Proz. infolge der hochgehaltenen Kartellpreise und der dadurch verschärften Wirtschaftskrise gesunken, während der Auslandsumsatz in weitaus geringerem Maße nur von 534 auf 477 Millionen sich verringert hat.

Die jetzt vorliegenden Abschlußziffern des Stahlrußes, deren Veröffentlichung bestige Auseinandersetzungen in der Verwaltung wegen der Höhe der Dividende vorausgingen, runden das Bild, das man sich bereits im Oktober von der Entwicklung des Unternehmens machen konnte, entsprechend ab. Diese Bilanz stellt einen Rechnungsabluß dar, der von großer wirtschaftspolitischer Bedeutung ist. Kaum jemals sind in der Bilanz eines Großunternehmens Maßnahmen der Konzernleitung auf kartellpolitischem und konjunkturellem Gebiete so deutlich in Erscheinung getreten wie in der jetzt vorliegenden Bilanz des Stahlrußes.

In welchem Umfang das Unternehmen auf seiner Produktion sitzengeblieben ist, zeigt sich in dem enormen Anschwellen der Warenbestände von 190,8 auf 269,7 Millionen. Also um rund 80 Millionen zinsentzessender Vorräte sind die Bestände des Unternehmens im Laufe des letzten Jahres angewachsen, dem auf der anderen Seite natürlich eine Steigerung der Schuldentlast von 116 auf 157 Millionen gegenübersteht. Das Anwachsen der Schulden, das gleichfalls bei den langfristigen Verbindlichkeiten festzustellen ist, hängt auch mit den verschiedenen Verkaufsauflagen anlässlich der Erneuerung der Eisenhütten zusammen, die sich der Stahlruß im Hinblick auf

### ein lädenloses innerdeutsches Eisenmonopol

eine Stange Geld kosten ließ. Neben der gemeinsamen Aufzählung von Hüttenleitern mit Krupp und anderen Konzernern zusammen hat der Stahlruß allein Werke, wie die Heintrichshütte, die Rheinisch-Westfälische Stahlwerke A. G. in Bochum, das Wittener Gußstahlwerk und die Friedrichshütte in Geisweid aufgekauft, nur um einen Teil dieser Betriebe sogleich stillzulegen. Diese Aufzählungspolitik mit nachfolgenden Stilllegungen ist natürlich ein teures Geschäft, das sich im letzten Jahr um so unangenehmer bemerkbar machte, als die Krise sich auch bei den übermäßig ausgebauten Stammbetrieben immer schärfer auszuwirken begann. Allerdings sind auch im Berichtsjahre die Abschreibungen auf die Anlagen mit 80 Millionen kaum niedriger angelegt als im Vorjahr, und nichts spricht deutlicher für

### die enorme Kapitalbildung

und innere Stärkung des Stahlrußes, als daß die mehr als 300 Millionen Mark, die seit 1926 in die Betriebe gesteckt wurden, restlos abgeschrieben sind, so daß heute der Wert der auf das modernste ausgebauten Werkeanlagen genau so niedrig zu Buche steht wie im Jahre 1926.

Da der Stahlruß auf seine hohen Abschreibungen und auf die Dividendenzahlungen nicht verzichtet hat — für 1929/30 werden 4 gegen 6 Proz. Dividende gezahlt —, hat er verlußt, auf zwei Wegen sich von den ständig gewachsenen Schwierigkeiten zu befreien. Die eine Möglichkeit sah er in dem rückstillschließlichen Widerstand gegen jede Preissenkung, wodurch sich die Krise zwangsläufig verschärfen mußte. Diese Politik hat er aber nicht durchhalten können,

Hörnings Mehr-Land-Programm und sein gewaltiges Umstellungsprogramm sind aus der großen Sorge entstanden, daß wir in Deutschland eine

### Dauerarbeitslosigkeit für vielleicht 2 1/2 Millionen Menschen

behalten werden. Hörning weiß natürlich nicht sicher, ob diese Befürchtung berechtigt ist. Es gibt in der Tat ernste Gründe dagegen. Durch den Geburtenausfall während des Krieges wird die Zahl derer, die in Deutschland jährlich neue Arbeit verlangen, für einige Jahre lang sich bald um etwa 400 000 Menschen verringern. Es gibt ferner ernste Leute, die aus der allgemeinen stark gesunkenen Geburtenziffer keine weitere Bevölkerungszunahme in Deutschland mehr erwarten, sondern eher das Gegenteil. Es ist durchaus möglich, daß China und Sowjetrußland, die als Käufer auf dem Weltmarkt zum großen Teile weggefallen sind, im Laufe von zehn Jahren wieder in größerem Maßstabe Käufer werden. Deutschlands Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ist für den Fall, daß es in der Weltwirtschaft wieder aufwärts geht, zweifellos ein starkes, neue Arbeit sicherndes Aktium; Deutschlands Anteil an der Weltausfuhr konnte 1930 noch gesteigert werden. Die Erwartung endlich ist berechtigt, daß Deutschlands Reparationslasten in absehbarer Zeit eine neue Senkung erfahren werden. So ermuntern viele Umstände zu einem gewissen Optimismus, trotz der grovenvollen Gegenwart für Menschenmengen, schon für die nächsten Jahre. Das heißt aber, daß man den inneren Befundstendenzen in der deutschen Volkswirtschaft und in der Weltwirtschaft etwas mehr vertrauen darf, als es Hörning in seinem politisch so verständlichen Pessimismus tut.

Hörning will selbst nur einen durchführbaren Kriegsplan, und er wollte die Diskussion darüber erwecken. So wird er selbst die Kritik, die hier geübt wurde, begrüßen. Es ist aber kein Zweifel, daß noch vieles von Hörnings Kriegsplan, wenigstens auf längere Sicht, durchführbar wäre, was heute aber an der Kapitalfrage deshalb scheitert, weil durch die antirepublikanische Agitation der Nationalsozialisten der deutsche Kredit im Zustand fast verneineter und der Kredit im Inland unerträglich verteuert ist.

### Eine der gefährlichsten Ursachen der übergroßen Arbeitslosigkeit in Deutschland ist die Existenz der Nationalsozialisten selbst.

und daß sich kapitalistische Geldgeber finden, die die Nationalsozialisten zum Kampf gegen die Befreiung des arbeitenden Volkes zu gebrauchen wissen, auch unter bewusster Steigerung der Arbeitslosigkeit. Der politische Kampf gegen die Nationalsozialisten und ihre dunklen Hintermänner ist deshalb eines der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wobei wir uns freilich mit Hörning nur eines Sinnes wissen.

Nach dem im vergangenen Monat erfolgten Abbau der Eisenpreise hat sich die Verwaltung dieses Milliardenunternehmens nunmehr auf einen verstärkten Lohndruck verlegt, um sich an der Lohnstärke der Betriebsbelegschaften schadlos zu halten. Der jetzt von neuem an der Ruhr entseelte Kampf zeigt, daß die Stahl- und Zehnenmagnaten unter allen Umständen die Löhne, die sie sich selbst durch eine sinnlose Wirtschaftspolitik aufgebürdet haben, samt und sonders auf die Schultern der Belegschaften abwälzen wollen.

## Der Aluminiumkampf beendet.

### Die Reichsaluminiumwerke verhindern die Stilllegung in Singen.

Der Kampf zwischen der deutschen und schweizerischen Aluminiumindustrie, der zur Entlassung der Belegschaften des dem Schweizer Aluminiumkonzern (Rohalumin) gehörenden Walzwerkes in Singen an der badischen Grenze zu führen drohte, ist erfreulicherweise, und zwar mit einigen Opfern der deutschen Vereinigten Aluminiumwerke beigelegt worden. Der Schweizer Aluminiumkonzern hat den Antrag auf Zollfreiheit der in Singen verarbeiteten Aluminiummengen zurückgezogen, und die dem Reich gehörenden deutschen Aluminiumwerke haben als Gegenleistung die Verpflichtung übernommen, dem Schweizer Konzern monatlich eine bestimmte Menge Rohaluminium abzunehmen, die auf etwa ein Drittel der in Singen verbrauchten Mengen geschätzt werden darf. Das Singener Werk wird dafür in Zukunft seinen Rohaluminiumbedarf auch für Exportzwecke in Deutschland decken. Die Vereinbarung gilt für die Dauer von zwei Jahren.

Für die bedrohten Belegschaften ist das von den deutschen Aluminiumwerken gebrachte Opfer und die Beilegung des Kampfes sehr erfreulich und es zeigt sich, daß sich ein Weg finden läßt, wenn der Wille dazu vorhanden ist, die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland durch Kartellfreiheiten nicht noch zu erhöhen. Der geschlossene Friede hat den Vorteil, daß die deutsche Regierung nun auch keine Veredelungsanträge, d. h. Anträge auf zollfreie Einfuhr von Aluminium, etwa von der amerikanischen Aluminiumindustrie zu erwarten hat, die in Deutschland ebenfalls zwei Walzwerke besitzt.

Die bereits in Wirklichkeit getretenen Kampfmaßnahmen des Aluminiumkonzernverbandes werden durch den Friedensschluß wieder außer Wirksamkeit gesetzt, was freilich die Aluminiumverarbeiter nicht erfreuen wird, da die Kampfpreise eine Bebilligung gebracht hatten.

## Kaliabsatz stark rückgängig.

Der Absatz des Deutschen Kalisyndikats hat sich im Januar sehr stark um 1,86 Millionen Doppelzentnern im entsprechenden Monat des Vorjahres auf nur 1,16 Millionen Doppelzentner verringert. Der Verband des Syndikats in den ersten neun Monaten des laufenden Düngejahres von Mai 1930 bis Januar 1931 stellte sich auf 8,16 gegenüber 9,32 Millionen Doppelzentner in der gleichen Zeit des vorhergehenden Jahres. Das Deutsche Kalisyndikat setzt etwa 60 Proz. in Deutschland und 40 Proz. im Auslande ab, so daß sich in diesem starken Rückgang die Auswirkungen der deutschen wie der internationalen Agrarkrise zeigen.

## Kohlenabsatz bleibt schlecht.

Trotz der kälteren Bitterung im Januar ist der Absatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikates in diesem Monat noch schlechter als im Dezember. Es wurden arbeitsmäßig nur 224 000 gegenüber 237 000 Tonnen im Dezember verladen. Der Absatz im Januar 1930 stellte sich arbeitsmäßig auf rund 280 000 Tonnen.















# Im Reiche der Königin von Saba

## Mittelalter und Neuzeit in Abessinien

Die Königin von Saba hat einen würdigen Nachfolger erhalten. Mit biblischem Prunk fanden in den letzten Wochen des Jahres 1930 zu Addis Abeba die Feierlichkeiten der Krönung Ras Tassari zum „König der Könige von Abessinien, Herrscher über den „Kaiserlichen Gottes““ statt. Als Kaiser hätte Selassie I. gedacht, er, sein Land mit der Weisheit König Salomos, von dem er in direkter Linie abstammt, neuer Blüte entgegenzuführen.

Seine Herrscherträume wurzeln durchaus nicht im Alten Testament. Er träumt von riesigen Dämmen, durch die der Oberlauf des Blauen Nils gezwungen werden soll, viele tausende Morgen unfruchtbaren Landes zu bewässern, von breiten Autostraßen, die von seiner Hauptstadt Addis Abeba in alle Teile Äthiopiens führen, von Autokolonnen, die Kohlstoffe in die Hauptstadt und Industriegüter, die seine Untertanen nie zuvor gesehen haben, in die grünen Täler seines Reiches bringen, in von Passagierflugzeugen, die eine regelmäßige Verbindung der Hauptstadt mit der Küste aufrechterhalten sollen.

Die Geschichte seines Aufstiegs ist eine Geschichte von Revolutionen, Autoverbrechen, Intrigen und Anachronismen; sie scheint fast zu phantastisch, um geglaubt zu werden.

Es war im Jahre 1916. Eine Revolution hatte den Herrscher Lij Tsehai abgesetzt und Zauditu, eine Tochter des früheren Kaisers Menelik, wurde zur Kaiserin gewählt, nachdem sie sich von ihrem vierten und letzten Gatten Ras Gufsa hatte scheiden lassen. Ras Gufsa konnte nämlich, da er nicht königlicher Blute entstammte, niemals Herrscher werden. Hier sah Ras Tassari seine Chance, und er setzte es durch, daß er zum Reichsverweser ernannt wurde. Dies war sein erster Triumph. Im Jahre 1928 mußte Kaiserin Zauditu zustimmen, daß er zum König von Schoa, der Hauptprovinz Abessiniens, gekrönt wurde. Sie blieb zwar Kaiserin; aber Ras Tassari untergrub von Tag zu Tag mehr die Grundlagen ihrer Stellung. Die Kaiserin wurde ängstlich und verbund sich mit ihrem geschiedenen Gatten Ras Gufsa, der bald mit einer Rebellenarmee gegen die Hauptstadt marschierte. Er stellte Ras Tassari ein Ultimatum, in dem er forderte, daß dieser abdankte und seine Machtbefugnisse dem im Jahre 1916 abgesetzten Lij Tsehai abgab. Ras Tassari gelang es, eine Armee von 20000 Mann zu sammeln, und es schien, als sollte es bei Debra Zeit, etwa 70 Meilen östlich vom Tana-See, zu einer Schlacht kommen, die schwerbewaffnete Krieger und Panzertruppen aufeinanderzutreffen lassen würde.

Aber Ras Tassari hatte seine besonderen Maßnahmen getroffen. In das westlich gelegene Abessinien waren vor kurzem feindliche, mächtige Kriegsmaschinen gekommen, völlig unbekannt den Ritters und Kriegern Ras Gufsas. Drei französische Kampfluggzeuge waren in aller Eile erworben worden, die nun unter Führung André Maillets, des Oberbefehlshabers der kaiserlich-abessinischen Luftflotte, in den Kampf eingriffen. Am 1. April 1930 erschienen die Aeroplane über den Stellungen der Rebellenarmee. Bomben abwerfend und aus Maschinenengewehren Tod und Vernichtung spielend flogen sie in einer Höhe von 3000 Fuß über das Hauptquartier Ras Gufsas. Dann rückten die Einzelkräfte Ras Tassaris heran, und als die Nacht hereinbrach, bedeckten 10000 Tote das Schlachtfeld. Nur 300 von den Leuten des „Königs von Schoa“ waren geblieben.

In diesem ereignisreichen Tage wurde in der St. Georges-Kirche in Addis Abeba ein religiöses Fest gefeiert; die Vornehmen des Reiches, umgeben von ihren Bedienten, hielten sich in der Kirche versammelt. Plötzlich gab die Kanone vor dem Palaste der Kaiserin ein Schloß ab. In dem mittelalterlichen Abessinien ist jeder Mann, der eine Waffe tragen kann, entweder ein Soldat des Königs oder eines der mächtigen Lehnsbarren, die ihre Abstammung direkt von König Salomo und der Königin von Saba ableiten. So griff jedes männliche Wesen in Addis Abeba beim Klang der Kanonenschüsse nach seiner Waffe, nach einem Gewehr, einem Speer oder einem Schwert und lief zum königlichen Palaste. Widersprechende Gerüchte durchdrangen die Luft. Die Rebellen hätten die Stadt erreicht, die Königin sei ermordet, Ras Tassari habe sie persönlich gefangen genommen. Die Böden wurden in aller Eile geputzt, die Bauern, die ihre Waren auf den Markt gebracht hatten, flohen und ließen ihre Bündel im Stich, und die Tore und eisernen Gitter der Loggien schlossen sich. Da wurde plötzlich die Nachricht bekannt, daß der König flüchtig seinen Feinde besiegelt und den Rebellenführer Ras Gufsa gefoltert hätten. Dann kam ein weiterer Bericht. Der „Herandil“, der fremde Flieger, sei mit seinem Aeroplan auf dem Wege, um nach abessinischer Sitte den Kopf des Feindes in die Hauptstadt zu bringen.

Tatsächlich zog ein Aeroplan seine Kreise über Addis Abeba und landete. Ihm entstieg André Maillet und wurde sogleich zum König geführt, der in aller Eile ein mit prächtigen Teppichen bedeckte Estrada hatte errichten lassen. Ras Tassari, umgeben von den staatlichen und kirchlichen Würdenträgern, überreichte ihm den Menelikorden und ein Geldgeschenk von 50000 Franken.

Während dieser improvisierten Feierlichkeit blieb Kaiserin Zauditu in ihrem Palaste. Seit ihrer Thronbesteigung war sie zum Mittelpunkt der reaktionären Bewegung geworden. Ihre Ratgeber entstammten durchweg der äthiopischen Geistlichkeit. An diesem Abend fragte sich ganz Addis Abeba: „Wie wird nun der König mit der Kaiserin verfahren? Er hat alle Karten in der Hand; welche wird er ausspielen?“

Die Nacht sank hernieder, und die Menge suchte ihre Strohbettdecken Häuser auf; denn in Addis Abeba darf eine Stunde nach Sonnenuntergang niemand mehr auf der Straße sein! Und am nächsten Tage, dem 2. April, war das Unglaubliche wahr geworden: Die Kaiserin war gestorben! Selbstmord oder Schlimmeres? Nichts von alledem. Die Kaiserin hatte sich erkältet, bestand aber darauf, jede Nacht in ihrer tollsten, feuchsten Kapelle zu liegen. Die Nachrichten von Gufsas Tod und der Vernichtung der Rebellen hatten sie wie ein Blitzschlag getroffen. Ihr geistlicher Ratgeber hatte ihr nahegelegt, durch ein Bad in heiligem Wasser die Würste des Bösen zu bannen. Dieser Rat und seine Ausführung hatten eine Lungentzündung zur Folge, an der Zauditu in der Nacht des 2. April starb. Sie war zwischen fünfzig und sechzig Jahre alt gewesen; kein Mensch wußte ihr genaues Alter. Mit ihrem Tode war das größte Hindernis des Fortschritts in Abessinien aus dem Wege geräumt.

Nach am folgenden Tage ließ sich Ras Tassari zum „Regula Regast“, zum König aller Könige von Abessinien ausrufen. Sein Reich ist von allen Seiten von britischen, französischen und italienischen Kolonien umgeben, die durchaus nicht verschwenderisch mit natürlichen Reichtümern ausgestattet sind, während Abessinien ein Land der Zukunft ist! Die Ruderländer der angrenzenden Kolonien haben bereits begonnen, das Reich des Regula Regast an allen

Ecken zu beschneiden, und aus Abessinien ist ein Binnenstaat ohne Zugang zum Meer geworden. Wenn es ihm gelänge, Mitglied des Völkerbundes zu werden, so dachte Ras Tassari, so könnte er wohl sicher sein, sein Staatsgebiet ungeschmälert zu erhalten. So bat er den Völkerbund um Zulassung; aber dieser war nicht in der Lage, einen Staat unter seine Mitglieder aufzunehmen, der auf seinem Gebiete noch — die Sklaverei gestattete. Ras Tassari sah sich zwar außerstande, die Sklaverei mit einem Schläge abzuschaffen; aber er verpflichtete sich, für die Zukunft den Handel mit Menschen als ungesetzlich zu erklären, so daß in naher Zeit die Sklaverei in Abessinien ausgestorben sein würde. Dieser Vorschlag erschien dem Völkerbund annehmbar, und so wurde Abessinien Mitglied des Völkerbundes!

Addis Abeba, die Hauptstadt Abessiniens, liegt genau in der Mitte des Landes. Heute wird es mit der übrigen Welt durch eine Eisenbahnlinie verbunden, die 500 Meilen lang, von Addis Abeba nach Djibuti, dem Hafen Französisch-Somalilands, führt. Die Reise dauert drei Tage; bei Nacht verkehren die Züge nicht. Tassari will durch Aeroplane eine Verbindung herstellen, die nur 5 Stunden in Anspruch nimmt.

Wird sein Plan verwirklicht, so daß es den Reisenden tatsächlich möglich ist, durch einen regelmäßigen Flugverkehr innerhalb vier bis fünf Stunden von der Küste in die Hauptstadt des Reiches der Königin von Saba zu gelangen, dann wird sicherlich für dieses interessante und so wenig bekannte Land der Anfang der Neuzeit gekommen sein.

Ruth A. Weeks.  
(Übersetzt von Leo Korten.)

## Im Lande der Riesen-Geyfire

Die furchtbare Erdbebenkatastrophe auf der Nordinsel von Neuseeland lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf ein Wunderland, dessen geheimnisvoll unterirdische Kräfte von den Bewohnern wieder einmal schwere Opfer gefordert haben. Das Erdbeben ging von der Hanke-Bucht aus, an der die beiden am schwersten heimgesuchten Städte Napier und Hastings liegen. Der eigentliche Herd der Katastrophe ist aber in der hinter dem „östlichen Hügel“ der Küste gelegenen Vulkanengebiet zu suchen, zu dem die von den letzten Ureinwohnern der Insel, den Maori, bewohnte Gebirgslandschaft führt. Hier erheben sich die großen schneebedeckten Vulkane mit ihren ewigen Rauchföhnen, und rings herum breitet sich das Gebiet der Riesen-Geyfire, das Prof. Walter Geister in dem „Handbuch der geographischen Wissenschaften“ anschaulich beschreibt.

„Wohin wir uns auch wenden, immer wieder stoßen wir auf neue Kräfte, werden wir von der Fülle der Erscheinungen überrollt. Im Geyfire-Tal des Waitai-River sieht man überall von den Hängen zwischen den malerischen Büschen und Sträuchern die heißen Dämpfe aus der Erde aufsteigen, und ganz dicht am Ufer springen ab und zu in regelmäßigen Abständen die Wassergarden der Geyfire senkrecht in die Luft, fallen die zerplatzten Wasser-

massen nach allen Seiten wie feiner Staub aus der Dampfwolke hernieder, stützen die Fontänen in sich zusammen. Manche besonders hervortretende Eigenarten sind mit Namen belegt worden, wie der Champagne-Kessel, ein Becken von 45 Meter Umfang mit dampfendem und brodelndem Wasser von über 80 Grad Celsius an der Oberfläche. Bald darauf steht man an den in regelmäßigen Abständen spielenden Borax-Geyfire, der eine neun bis zwölf Meter hohe Wasserfäule emporreibt, oder man blickt in den „Brei-Topf“, einen kochenden Schlammtopf, an dessen Oberfläche Blasen entweichen und zerplatzen, als ob es sich um einen kochenden Topf voll Brei handelte. Ueberall ist die Bildung von Sinter-Terrassen im Gange, und oft kann man beobachten, wie Baumäste sich mit einer Kruste überziehen, als ob sie einem schweren Raubreiz ausgesetzt wären. Nicht weit davon steigt die große Dampf-Tumarole, das Karapiti Blowhole, auf, die dauernd in Tätigkeit ist, und schließlich stürzen die Wasser des Waitai-River schäumend über die Hufe-Fälle und in einem 100 Meter langen Kanal ungestüm vorwärts, als wollten sie all den geisterhaften Erscheinungen entziehen.

So geht es fort, bis man an den märchenhaften Ufern der Vulkan-Seen von Rotorua sieht. Die unergieblichen Sinter-Terrassen sind im Jahre 1886 der Eruption des Tarawera zum Opfer gefallen; es bildete sich damals eine Spalte von neunzehn Kilometer Länge und 400 Meter Breite, in der der See Rotomahana mit samt den riesigen Sinter-Terrassen verschwunden war. Der See bildete sich wieder, aber die Landschaft um ihn war völlig verändert. Eine dicke Decke von Gestein und vulkanischer Asche hatte nicht nur die Vegetation beseitigt, sondern auch eine Anzahl von Maori-Dörfern zerstört. Im steilen Bestizer des Sees steigen noch heute heiße Quellen auf, so daß der ganze Hang dauernd in Dampf gehüllt ist. Nach dieser Eruption war auch der größte Geyfire entstanden, der aber 1905 wieder ruhig wurde; dieser Weimangu-Geyfire hat sein intensives schwarzes Wasser, von Schlamm und Steinen begleitet, 90 bis 150 Meter hoch geschleudert. So, manche Eruption soll eine Höhe von 450 Meter erreicht haben.

Wollen wir die größten der noch tätigen Geyfire sehen, so müssen wir uns ins Gebiet von Rotorua begeben; der Waion, das „Lange Wasser“ der Maori, läßt seine Wasserfäule vor dem Ausbruch von 1886 60 Meter hoch; die beiden größten Geyfire sind heute der Pohutu und der Waitite, die etwa 30 Meter Höhe erreichen. Das Gebiet um Rotorua ist dadurch zum Mittelpunkt der ganzen Vulkanzone geworden, daß die Regierung dort in der Nähe der prächtigen Seenlandschaft einen modernen Kurort errichtet hat, an dem sich bereits ein reges internationales Leben entwickelt. Einen besonderen Ruf haben Rotorua die Reste der Maori verschafft, die dort noch leben. Es ist zwar kein urwäldiges Volkstum mehr, aber man hat hier Gelegenheit, diesen hochintelligenten Volksstamm der polynesischen Rasse kennenzulernen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Leute, die in dem Maori-Dorf Whatarewarewa in den heißen Quellen ihre Wäsche waschen oder auch kochen, mehr oder weniger Theater spielen und dafür von den Fremden bezahlt werden. Sie sprechen ein vorzügliches Englisch. Das Maori-Dorf zeigt deutliche Spuren der künstlichen Nachhilfe. Noch an anderer Stelle sitzen die Maori, und zwar etwas näher an Rotorua selbst, am Ufer des Sees, von heißen Quellen umgeben. Dort liegt Ohinemutu, die „alte Stadt“, wo das ansprechende Veranstaltungshaus, das Tama-te-apua, die Blicke auf sich lenkt. Hier gibt es noch manches als Schnitzwerk, allerdings auch viel Nachgemachtes.“

## H. Obert: Zwei Groschen fehlen noch

Der Eigentümer, Ferdinand Bunam, Rotomaharowen, stand in der braunen Schürze hinter der Theke seines Lokals in der Baderstraße und bediente die Kunden. Er fragte sie mit seiner stets verfeinerten, etwas quarenden Stimme und wagte darauf das Beforderte hochschauend, mit plierenden Augen den Waagebalken verfolge, ob er sich der Redlichkeit und Tadellosigkeit seines Handels sehr bewußt und galt den Hausfrauen als Muster knauserber Genauigkeit. Bis ins fünfzigste Jahr hinein hatte er sein Junggefellensein wohlbehütet gebrach, ohne irgendeine nennenswerte Erschütterung seiner seitgegründeten Weltanschauung zu erleiden. Er stand morgens pünktlich zur Minute auf, öffnete ebenso pünktlich seinen Laden, betrog seine Kunden auch nicht um das Bruchteil eines Grammes, zahlte stets rechtzeitig die auferlegten Steuern, ging jeden Sonntag zur Kirche, kurzum, er bildete sich ein, das Musterbild eines guten Christen und Staatsbürgers zu sein. So geregelt und wohlgeordnet wie sein Lebenswandel, nahm er an, müßten auch die Beziehungen der Menschen untereinander auf der ganzen Welt sein.

Es gab einfach keine Probleme für ihn. Wollte man ein Viertel Käse zu 28 Pfennig, nun, so gab der Käufer das entsprechende Geld und erhielt dafür sein Quantum, nicht mehr und auch nicht weniger. Es war einfach kein Platz mehr dazwischen für ein Wonn oder Uner.

Eines Tages. Frau Mariha Schneider aus Nr. 36 war gerade mit einem Paletten Teufel, einem Brot und einem Pfund Salz abgezogen, als ein junger Mensch eintrat. Bisher hatte er lange zögernd vor dem Auslagefenster gestanden und wieder und wieder die sauber in Reihen neben und übereinander ausgelegten Lebensmittel hungrig bestaunt.

Endlich, als er sah, daß Frau Schneider gegangen war, faßte er einen Entschluß und trat langsam ein. Die Ladenglocke klingelte dünn. Geduldig wartete der junge Mann, bis Herr Bunam, der gerade die Konferven oben auf den Regalen ordnete, heruntersah und nach selten Wünschen fragte. Der junge Mann war sauber aber dürftig angezogen, schmalbäutig und hatte verhungerte Augen. „Ein Brot, bitte“, wies er mit dem Finger auf die geschichteten Brote hinter der Theke.

Herr Bunam nahm eines von ihnen, rollte es sorgfältig in Papier ein und legte es auf den Tisch: „Nacht sechzig Pfennig.“ Der andere schluckte ein wenig. Ob verdrückt oder aus Bescheidenheit war schwer zu unterscheiden, und während er langsam übers ganze Gesicht erröte, zog er die geschlossene Hand aus der rechten Hosentasche und ließ die von der Hand heißen Münzen auf den Tisch fallen. Es waren Fünfer und Zweier und ein Zehner. Dann wartete er verlegen.

Herr Bunam zählte das Geld und bemerkte daraufhin: „Das sind bloß vierzig — zwei Groschen fehlen noch.“ Dabei sah er den Jüngeren forschend an, als suchte er bei jenem das fehlende Geld irgendwie zu entdecken.

Der schluckte ein paarmal und sagte dann pulverrot: „Mehr habe ich aber nicht.“

Rüßl erstand, jedoch nicht unwillig sah Herr Bunam ihn an. Wie, der hatte nicht das Geld und wollte doch kaufen? Das verstand er einfach nicht, so wiederholte er nur: „Zwei Groschen fehlen noch.“

Er sagte das gar nicht unfreundlich, sondern so, wie man etwa

sagen würde: „Der Hund ist der Wächter des Hauses“, oder eine ebenso gleichgültige Tatsache.

Der junge schmalwangige Mensch zuckte hilflos mit den Schultern; er stand immer noch da und wartete.

„Sie haben also das Geld nicht?“ vergewisserte Herr Bunam sich zu allem Überflusse.

„Das ist alles“, jagte der andere schüchtern.

„Dann können Sie aber das Brot nicht kaufen“, harte Herr Bunam ihn mißbilligend auf. So gibt wohl ein Lehrer dem Schüler einen Verweis, der erklärt hatte:  $2 + 2 = 5$ , wenn er ihm sagt:  $2 + 2 = 4$ . Dabei streckte er die Hand nach dem Brote aus und legte es an seinen Ort zurück.

Der junge Mann stand immer noch wartend.

Da schob er ihm auch stumm das kleine Münzenhäuflein zurück. Als jener immer noch mißbeiligt stand und dem verschwundenen Brot hoffnungslos nachsah, schüttelte er den Kopf, dachte bei sich, daß jener sich wohl wieder erholen würde und endlich doch einsehen müßte, daß  $2 + 2 = 4$  und nicht 5 seien, wandte ihm den Rücken und wollte zum Salzfach gehen, um in Pfundstücken davon abzuliegen.

Wie der junge Mann sah, daß der Händler sich wandte und so jede Hoffnung auf das Brot ersterben machte, kam plötzlich Leben in ihn. Mit lautlosem Satz sprang er ihn von hinten an und gab ihm mit aller Gewalt seiner geballten Hand einen Schlag auf den Schädel.

Herr Bunam sank sofort zusammen. Verblüht und gekehrt sah der Jüngling sich um, langte gierig nach dem Brot und stürzte davon.

Da der Schlag nicht sehr stark gewesen war, kam nach kurzer Zeit Herr Bunam wieder zu sich, ohne daß um diese stille Stunde am frühen Morgen ein Käufer eingetreten wäre. Als er sich mit dumpfem, brummdem Schädel auf dem Fußboden liegen fand, wußte er zum ersten Male in seinem Leben nicht anzugeben, wo er war. Er bemerkte, daß ein Brot fehlte, und zugleich sah er das armeleiche Häuflein kleiner Münzen, welches der Räuber zurückgelassen hatte.

Herr Bunam war nicht etwa wütend oder verärgert, sondern nur maßlos erstaunt über das Vorgefallene. Er rannte auch nicht zur Polizei, sondern strich ohne weitere Worte das Geld ein. Aber er war durch die Tatsache, daß ein Käufer ein Sechzigerbrot für vierzig sich angeeignet hatte, derart außer Fassung gebracht, daß er heute zum ersten Male nicht genau wog.

Und am Abend sah er sorgenvoll über der Tagesbilanz zerbrochen den Kopf und konnte es nicht ins reine bringen, daß er ein Sechzigerbrot für vierzig verkauft hatte. Den Schlag an sich verschmerzte er leicht und trug ihm den jugendlichen Räuber nicht weiter nach. Aber das Problem, daß in diesem Falle nicht der Lehrer recht behielt, sondern der Schüler, der behauptet hatte:  $2 + 2 = 5$ , das erschütterte seine Welt. Das war der Riß, der sie zer Sprengen würde.

Er zergrübelte sich den Kopf heiß und wirt und erschrak immer mehr, daß er die Aufgabe nicht lösen konnte.

Denn, wie gesagt, er war ein rechtlich denkender, durchaus moralischer Mensch, der sich ernsthaft, wie es in seinen Kräften stand, um sein Seelenheil bemühte. Nur, daß er, abgesehen er Christ war, das, was der Christ unter Liebe versteht, infolge seiner seeligen Veräusserung nicht besaß.



